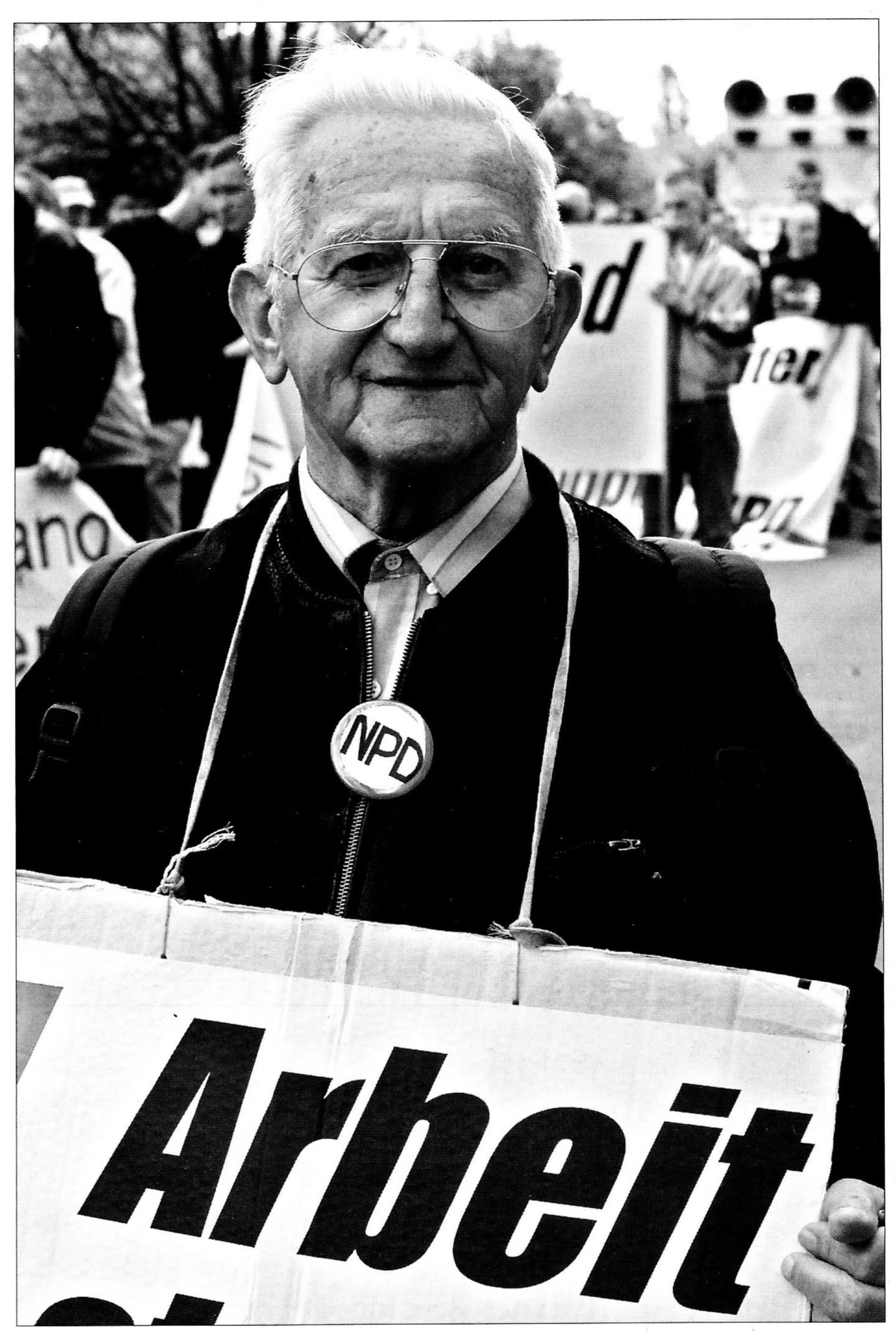
H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 82
Mai/Juni 03
2,00 Euro

Nationales Arbeitsethos

3.000 Nazis marschieren am 1. Mai



Informationen von und für AntifaschistInnen

Neonazi-Aktivitäten am 1. Mai – Neofaschisten und Irak-Krieg - Einstellung des NPD-Verfahrens – „Pro Köln" – Wehrmachtsaustellung in Neumünster – Rechte Immobilienkäufe – „Querfront"-Strategien – „Peta" relativiert Holocaust – Anti-Antifa bei „Junge Freiheit" – Bücherverbrennung – „Herbert-Gruhl-Gesellschaft" – Internationales – Rezensionen – Meldungen

DER RECHTE RAND

In diesem Heft

Fotos in dieser Ausgabe:
S. Rheker (S. 3, 5 (M)), version (S. 7), dokkiel (S. 8), P. Jülich (S. 16, 17, 19, 25), Bildarchiv Der Rechte Rand (S. 12, 19).

Editorial

Nun ist es amtlich: Das Verbot der neofaschistischen NPD ist gescheitert. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat die Eröffnung des Verbotsverfahrens abgelehnt mit der Begründung, dass in den Verbotsanträgen Aussagen einer großen Anzahl von VS-Leuten in höchsten Führungspositionen angeführt wurden, um den rassistischen, antisemitischen und antidemokratischen Charakter der NPD zu belegen. Als skandalös sind sicher die Praktiken der Verfassungsschutzämter zu bewerten, die die Grenzen zwischen Beobachtung und Steuerung von Aktivitäten neofaschistischer Parteien und Organisationen häufig nicht mehr erkennen lassen. Aber auch das Bundesverfassungsgericht muss sich fragen lassen, warum es der neofaschistischen Partei eine Art Freibrief ausgestellt hat angesichts der Tatsache, dass die VS-Leute gerade wegen der von ihnen vertretenen Positionen in höchste Parteiämter gewählt wurden. Dass von Maßregelungen durch die Parteiführung oder Kritik von der Parteibasis als Reaktion auf z. T. militante Aussagen bisher in der Regel abgesehen worden ist, wirft ein eindeutiges Bild auf die politische Ausrichtung der NPD. Wenn nun der Präsident des BVerfG, Hans-Jürgen Papier, betont, dass das gescheiterte Verbotsverfahren nichts an der Beurteilung von rechtsextremen Aufmärschen ändere, klingt das aus seinem Munde schon fast zynisch. War es doch gerade seine Kammer, die Naziaufmärsche regelmäßig als lediglich „missliebige“ Meinungsäußerungen klassifiziert und letztinstanzlich genehmigt hatte.

Die Zahl der als „rechtsextremistisch“ eingestuften Straftaten weist bundesweit weiterhin einen Aufwärtstrend nach und ist allein nach offiziellen Zahlen um 8,5 % auf 10.903 Vorfälle im vergangenen Jahr angestiegen. Auch vor diesem Hintergrund bleiben die PolitikerInnen eine Antwort auf die von ihnen als fast einzige Konsequenz aus dem gescheiterten NPD-Verbot geforderte stärkere politische Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus schuldig. Im Gegenteil: Der von CDU-PolitikerInnen geforderte Abbau von Fördermitteln für antirassistische und antifaschistische Initiativen aus den Programmen gegen Rechtsextremismus erhielt jetzt sogar vom Bundesrechnungshof Unterstützung, da die Regierungsprogramme nicht nachweisbar in einem sinnvollen Kosten-Nutzen-Verhältnis stünden. Der geforderte Stopp dieser Programme - bis die Regierung dargelegt hat, wie sie „den Erfolg der Maßnahmen evaluieren will“ - käme einem endgültigen Aus für zahlreiche Initiativen und Projekte gleich. Sicher ist Kritik an den Programmen der Bundesregierung, die den „Kampf gegen die unstrittig menschenverachtende Abschiebepraxis Deutschlands, gegen den immer noch völkischen Konsens, die Definition der Nation und der Staatsbürgerschaft“ (tageszeitung) ausklammert und mit dem Bannfluch Extremismus belegt, berechtigt, aber angesichts der versuchten Demontage selbst dieser geringen Ansätze sollte dem Bestreben konservativer Kräfte in Opposition und Regierung entgegengetreten werden.

Der nächste Rechte Rand erscheint Anfang Juli. Redaktionsschluss ist am 12.06.2003.

In eigener Sache: Ältere Artikel (incl. Suchfunktion und Register) sind über unsere Homepage *www.der-rechte-rand.de* **abrufbar.**

Termine

22. Mai 2003, 18-22 Uhr, Hannover/ Braunschweiger Platz: Skaten Breaken Writen Rappen - Gegen Nazis und Rassismus, Straßenparty gegen den Naziaufmarsch am 24. 5. in Hannover.

10.-12. Oktober 2003, Tagung „Making History. Positionen und Perspektiven kritischer Geschichtswissenschaft", Universität München, Veranstalter: Arbeitskreis Kritische Geschichte, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Stiftung Sozialgeschichte, Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung, AStA der Universität München, Archiv der sozialen Bewegungen Bremen, Fachschaft Geschichte der Universität München Weitere Infos und Kontakt: www.kritische-geschichte.de.

Nationaler Aufmarschtag

Getrennt marschierten die Neonazis für das gemeinsame Ziel. Am 1. Mai diesen Jahres kamen zu dem Aufmarsch der NPD nach Berlin über 1.200 „Kameraden“, bei dem Marsch der „Freien Nationalisten“ in Halle reihten sich ebenfalls über 1.200 Neonazis ein. Mit vermeintlich sozialpolitischen Parolen bemühten sich beide neofaschistische Organisationen, sich als einzig wahre Volksvertreter anzubieten.

Von Jos Anders

Schon in der Propaganda zum „Tag der nationalen Arbeit“ erklärten sich die Organisatoren zu den wirklichen „Arbeiterfreunden“, indem sie daran erinnerten, dass erst Adolf Hitler den 1. Mai zu einem gesetzlich bezahlten Feiertag in Deutschland erhoben hatte. In der Weimarer Republik war der „Tag der Arbeit“ ein unbezahlter Urlaubstag. Unerwähnt ließen die neuen Anhänger des alten Führers, dass sofort am 2. Mai 1933 die „Gleichschaltung der freien Gewerkschaften“ umgesetzt wurde. „Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten“, vertraute Joseph Goebbels am 17. April 1933 seinem Tagebuch an. „Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt“. Per Rundschreiben bestimmte Robert Ley am 21. April desselben Jahres: „Dienstag, den 2. Mai 1933, vormittags 10 Uhr beginnt die Gleichschaltung“. Mit deutscher Pünktlichkeit stürmten SA und SS reichsweit die Gewerkschaftshäuser, beschlagnahmten das Vermögen und verhafteten Gewerkschafter.



Aufmärsche zum 1.Mai
Bild oben: ca. 1.200 Neonazis aus dem Umfeld der „Freien Kameradschaften“ in Halle
Bild unten: etwa 1.500 Neonazis in Berlin

Im Mai 2003 erinnerten die Freunde des Nationalsozialismus bei den Aufmärschen indes an die guten alten „sozialpolitischen Maßnahmen“. Doch bevor der NPD-Aufmarsch, veranstaltet vom Bundesvorstand, sich unter dem Motto „Wir sind das Volk“ in Berlin-Charlottenburg in Bewegung setzen konnte, musste die Polizei eine Straßenblockade von AntifaschistInnen auflösen. „Wir brauchen keinen Kanzler mit einer ruhigen Hand, sondern einen Kanzler mit einer energischen Hand“, wetterte der Hamburger Neonazianwalt Jürgen Rieger als Gastredner und erinnerte daran, dass „es in den dreißiger Jahren gelang, in nicht einmal 4 Jahren 6 Millionen Arbeitslose zu Lohn und Brot zu bringen“. Der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt erklärte ergänzend, „es ist unverantwortlich, bei fast fünf Millionen Arbeitslosen noch Ausländer ins Land zu holen“, und forderte: „Arbeitsplätze nur für Deutsche“. „Eins zu Null für die NPD“ war auf Plakaten zu lesen und auch Voigt ließ das gescheitere Verbotsverfahren nicht unerwähnt: „Wir haben nun den Vorteil, dass die vielen V-Leute in den eigenen Reihen jetzt bekannt“ seien. Die angekündigten internationalen Gäste wie der italienische Neonaziführer Roberto Fiore und der Chef der „British National Party“ Nick Griffin redeten nicht.

Auch in Halle/ Saale stellten sich DemonstrantInnen gegen den Aufmarsch, ausgerichtet von „Kameraden“ um den „Nationalen Beobachter“ Halle, in den Weg. Unter dem Motto „Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze“ konnten sie nicht die gewünschte Route durch die Innenstadt gehen. Umso deutlicher erklärte der Hauptredner Gerd Ittner von der „Bürgerinitiative Ausländerstop“ Nürnberg: „Heil Euch Kameraden, der ‚Aufstand der Anständigen‘ wurde von einem Kanzler Gerhard Schröder ausgerufen, der 7 Millionen Arbeitslose verantwortet und im Übrigen auch für Betrügereien schon angeklagt wurde“. Mit seiner Hetzrede, die auch gegen Michel Friedman und Paul Spiegel gerichtet war, übertraf er die Reden von Peter Borchert aus Neumünster und Christian Worch aus Hamburg. Bald, ließ er die Kameraden wissen, „marschieren wir durch das Brandenburger Tor [...] mit richtigen Gruß“ und ermutigte sie: „Kameraden denkt daran: Das deutsche Reich hat niemals aufgehört zu existieren [...] und was der große Sohn unseres Volkes einst prophezeite, das deutsche Reich wird Jahrtausend lang andauern [...] Heil dem Volk, heil dem heiligen Deutschland“.

In Dresden ermöglichte erst die Polizei einen 1. Mai-Marsch des „Bündnis Rechts“ um Dieter Kern aus Lübeck. Mit einer Pferdestaffel durchbrachen die Einsatzkräfte eine Blockade von AntifaschistInnen, so dass die etwas 80 Neonazis auftreten konnten.

Nur in Frankfurt am Main marschierten die Neonazis nicht. Zwar hatte Stefan Hupka einen Protestzug zum 1. Mai angemeldet gehabt, doch einen Tag zuvor sagte er ihn ab.

Avancen und Aversionen

Extreme Rechte gegen den Irak-Krieg

Den Appellen folgten Aktionen. In vielen Städten marschierte die Extreme Rechte gegen den Irak-Krieg. Aber nicht überall wo die „Freien Kameradschaften" und die NPD „Für den Frieden - gegen Amerika" auftraten, konnten sie sich bei der Friedensbewegung einreihen.

Von Christian Grünert & Andreas Speit

Jede „Teilnahme an den Friedensdemos", wussten einige Neonazistrategen, sei „jedes mal besser als 5 eigene" Aktionen. Vor allem in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern versuchten Neonazis, mit Parolen wie „Kein Blut für Israöl" und „Deutsche wacht auf - gegen Kriegstreiber und Machtmissbrauch" Antikriegsproteste zu vereinnahmen. Die Friedensdemonstranten, erklärte Manfred Stenner, Geschäftsführer des „Netzwerk Friedenskooperative", gegenüber den Medien, haben sich im Osten mit „massiven Unterwanderungsversuchen" durch Neonazis auseinanderzusetzen. Die Abwehr gelang nicht immer.

Im brandenburgischen Fürstenwalde konnte gar der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt auf der Friedenskundgebung am 4. April diesen Jahres sprechen. Aus Sorge vor einer „Eskalation" räumte Günter Lahayn, SPD-Stadtverordnetenvorsitzender, Voigt ein Rederecht ein. Vor rund 100 Friedensdemonstranten und etwa 30 Neonazis hetzte dieser dann gegen den „US-Imperialismus". „Ich hatte große Sorge, dass es sonst zu Auseinandersetzungen gekommen wäre", rechtfertigte sich der 70-jährige Kommunalpolitiker, räumt jedoch ein: „Es war eine unglückliche Entscheidung".

In Anklam konnten sich die FriedensdemonstrantInnen am 1. März auch nicht gegen eine „inszenierte Provokation" verwehren. Völlig konspirativ hatte die „Pommersche Aktionsfront" zu der Antikriegsdemonstration in der mecklenburgischen Kleinstadt mobilisiert. Über 200 FriedensdemonstrantInnen protestierten zusammen mit 100 Neonazis gegen den Krieg.

Bereits seit Februar konzentrierte sich die rechte Szene in Sachsen–Anhalt auf Aktionen der lokalen Friedensbewegung. Rechtsextreme Gruppen nahmen an Mahnwachen und Demonstrationen der Friedensbewegung in Halle, Dessau und Magdeburg teil. Alle zwei Wochen beteiligten sich rund 80 „Kameraden" unter dem Motto „Frei, Sozial, National – Gegen Krieg und Kapital" in Halle an den Friedensdemonstrationen. Initiiert wurden die Aktionen von einer Gruppe Neonazis um dem Hallenser Sven Liebich, selbst umtriebiger Aktivist im Netzwerk der „Freien Nationalisten" in Sachsen-Anhalt. Liebich ist auch Spiritus Rector der Internetpage „Nationaler Beobachter", die jede Aktion der regionalen rechtsextremen Szene als Erfolg zu verkaufen sucht.

An der Friedensdemonstration waren auch jene jungen Magdeburger Rechtsextremen beteiligt, welche Mitte März diesen Jahres am Gelände der jüdischen Gemeinde der Landeshauptstadt eine antisemitische „Mahnwache gegen den Terror Israels" abhielten. Einen Verbotsversuch unternahm die örtliche Versammlungsbehörde gar nicht erst. So wurde die Auseinandersetzung mit der „Kameradschaft Magdeburg" vor den Toren der jüdischen Gemeinde eben dieser und einigen wenigen Schülern überlassen. Die Lokalpresse der Landeshauptstadt verschwieg den Skandal, öffentliche Stellungnahmen von Politikern blieben aus

Bis Mitte März ließen lokale Friedensbündnisse mehrere Veranstaltungen ohne einen ernsthaften Versuch des Ausschlusses von Neonazis von ihren Demonstrationen verstreichen. Zuvor hatte auch die Mehrzahl der Teilnehmer mit Ignoranz auf den massiven Auftritt der lokalen militanten rechten Szene reagiert. Symbolische Aktivitäten von Schülern gegen die Anwesenheit der Neonazis waren unerwünscht.

In dieser Atmosphäre gerierten sich die Neonazis als bürgernahe Friedensfreunde. Man wollte nur friedlich demonstrieren, so die Verlautbarung der Rechtsextremen. Die Praxis sah anders aus. Schüler und Ordner wurden massiv bedroht, gefilmt und schließlich geschlagen. Erst nach wochenlangen Interventionen von Antifaschisten betonte das Hallenser Aktionsbündnis, künftig keine Demonstration mit Beteiligung von Neonazis mehr durchführen zu wollen. Eine Mischung aus „Ignoranz" und „Hilflosigkeit", meinte Matthias Gärtner, Landtagsabgeordneter der PDS in Sachsen-Anhalt, würde zu solchen Situationen führen. Die Argumentation „gegen den Krieg brauchen wir jeden" in der PDS, so Gärtner, verschärfe diese Entwicklung und verharmlose die Neonazis, als „die Jungs von nebenan".

Auch im Westen bemühten sich die „Freien Kameradschaften" und die NPD, Akzeptanz in der Friedensbewegung zu finden. Mit kopierten Aktionsformen und gecoverten Parolen versuchten sie sich auch in Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg für die Friedensbewegung interessant zu machen. „In den alten Bundesländern", meint Stenner, blieb es allerdings „oft bei der Ankündigung der NPD zur Teilnahme an Friedensaktionen, um Medienaufmerksamkeit zu gewinnen". Stattdessen organisierten die Neonazis überwiegend eigene Aktionen, gerne vor US-amerikanischen Einrichtungen. Noch vor dem „Tag X" folgten 200 Neonazis dem Aufruf des „Aktionsbüro Norddeutschlands" um Thomas Wulff und Tobias Thiessen nach Hamburg. Für den Frieden wollten sie marschieren, doch sie hetzten für den Krieg. Deutsche Soldaten zur Verteidigung nach Bagdad wünschte sich Peter Borchert, und Thorsten de Vries forderte: „Vielmehr müsste Israel bombardiert werden, denn der Judenstaat hat gegen mehrere UN-Resolutionen verstoßen". Über 500 Menschen demonstrierten gegen den

rechten „Friedensmarsch". „Unter dem Deckmantel globalisierungskritische Worte", so der Hamburger „attac"-Koordinierunsgkreis, würden „antisemitische und nationalistische Inhalte" verbreitet. „Mit einer Friedenspolitik hat diese Hetze nichts gemein". Nach dem Kriegsbeginn versuchten die hanseatischen Neonazis durch weitere Aktionen Sympathien zu gewinne. Unter dem Motto „US-Globalisierungsterror stoppen" führte das „Aktionsbüro" am 20. März diesen Jahres eine Kundgebung in Hamburg-Wandsbek durch. Da „nur" 80 Kameraden der internen Mobilisierung folgten, erlaubte die Polizei ihnen keinen Aufmarsch. Als die Neonazis dann in der Innenstadt auftreten wollten, gingen die Beamten mit Schlagstöcken gegen sie vor. „Kein deutsches Blut für fremde Interessen" skandierten die norddeutschen „Kameraden" wiederholt am 26. April. Erneut waren an die 80 Neonazis einem Aufruf des „Aktionsbüros" gefolgt, um vor der Bundeswehr-Führungsakademie gegen den „US-Angriffskrieg mit deutschem Blut und Geld" zu protestieren.

Allein marschierten die Neonazis auch in Hanau. Über „600 Personen" hatten die „Jungen Nationaldemokraten" angekündigt. Am 29. März folgten aber „nur" 200 „Kameraden" dem Aufruf in die hessische Stadt, um vor der US-amerikanischen Pionierkaserne die „US-Tyrannei" anzuprangern. T-Shirts mit der Aufschrift „Mein Freund ist Ausländer", layoutet mit zwei Bildern von Saddam Hussein und Osama bin Laden, trugen einige der Neonazis, andere weiße Kreuze. Vor der Kaserne wetterte Holger Apfel für die NPD und Wulff für die „Freien Nationalisten" über die „amerikanischen Besatzer". Gegen den Aufmarsch hatte ein breites Bündnis protestiert.

Ebenso nicht willkommen waren die Neonazis wenige Tage später in Bad Nauheim. In der hessischen Kleinstadt erklärten die Organisatoren der Friedensdemonstration vom 5. April die „wenigen NPDler" gleich zu „unerwünschten Personen".

Die Neonazis marschierten auch vor dem deutschen Hauptquartier der US-Streitkräfte in Heidelberg auf. Etwa 130 Neonazis hörten am 19. April Horst Mahlers und Christian Worchs Hetze gegen die „Handlager der derzeitigen Machthaber" zu.

Auf der Website führen die Neonazis der „Aktionsbüros" jede Aktion auf. Seien es kleine Aufmärsche, kurze Mahnwachen, schnelles Fahnenschwenken in Gotha, Eberwalde, Grafenwöhr, Essen oder Hannover. Mit der virtuellen Propaganda möchte die Extreme Rechte sich als Teil der Friedensbewegung präsentieren.

Nur ein „offensiver Umgang" mit den Neonazis, betont Stenner, ermöglicht die „politische Ausgrenzung". Diese Auseinandersetzung bedingt aber zugleich, über antisemitische und antiamerikanische Segmente in der Friedensbewegung zu streiten. „Antisemitische Untertöne und ein Antiamerikanismus, der sich gegen die Bevölkerung der USA richtet", hebt Stenner hervor, dürften „keinen Platz haben". Wo die Grenzen liegen sollten, offenbaren die Neonazis selbst, wenn sie nicht nur „linke" Parolen kopieren. Wegen einer möglichen US-Intervention im Syrien propagiert das „Aktionsbüro Norddeutschland" schon: „Bleibt Protestbereit" – für den „Abzug aller angloamerikanischen Besatzungstruppen", „Abschaffung der amerikanischen ‚Nachkriegsordnung' und „Beseitigung des amerikanischen Kulturimperialismus".

Richterliche Ohrfeige

Verfahren gegen NPD eingestellt

„Die Verfahren werden eingestellt" - mit diesen lapidaren Worten hat der Vorsitzende Richter am 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), Wilfried Hassemer das Verfahren um die Verfassungsmäßigkeit der NPD am 18. März diesen Jahres beendet.

Von Stephan Lindke



Udo Voigt

Was als medialer Höhepunkt des „Aufstands der Anständigen" im Januar 2001 begann, endete nach einem kurzen Aufschrei sang- und klanglos mit einer richterlichen Ohrfeige für die AntragstellerInnen. Höhepunkt in dem in weiten Teilen dilettantisch wirkenden Verfahren war die Enttarnung mehrerer Verfassungsschutzspitzel, deren neonazistische Betätigung mit als Nachweis der Verfassungsfeindlichkeit angeführt wurde. Drei der sieben Bundesrichter, und damit eine Sperrminorität, sahen darin, trotz des Beteuerns der Verfassungsschutzämter, nicht steuernd in die NPD eingegriffen zu haben, ein gravierendes Verfahrenshindernis und votierten gegen die Eröffnung.

Maßgeblich ist hierbei die Einschätzung der ablehnenden Richter, dass die „Beobachtung [...] durch V-Leute [...], die als Mitglieder des Bundesvorstands oder eines Landesvorstands fungieren, unmittelbar vor und während der Durchführung eines Parteiverbotsverfahrens [...] in der Regel unvereinbar mit den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren" sei. Zudem gehen die ablehnenden Richter davon aus, dass „[...] staatliche Präsenz auf der Führungsebene einer Partei [...] Einflussnahmen auf deren Willensbildung und Tätigkeit unvermeidbar" macht. Und dieses nicht nur bei einer besonderen politischen Aktivität eines V-Mannes, sondern auch dann, „wenn das Führungsmitglied politische Zurückhaltung übt". Besonders die fortgesetzte Führung von V-Leuten nach den Verbotsanträgen vom Januar und März 2001 „schwächen die Stellung der Partei als Antragsgegnerin vor dem Bundesverfassungsgericht im Kern. Sie verfälschen unausweichlich die rechtsstaatlich notwendige freie und selbst bestimmte Selbstdarstellung der Partei im verfassungsgerichtlichen Prozess" und stellen somit, so die

richterliche Minderheitenmeinung, ein unausweichliches Verfahrenshindernis dar.

Die BVerfG-Entscheidung stellt allerdings lediglich eine prozessuale Entscheidung dar und ist keine Sachentscheidung, ob die NPD verfassungsfeindlich ist oder nicht. Die Bundesrichter haben in ihrer Begründung bereits die Möglichkeit eines erneuten Verbotsantrags auch ohne neue Beweise implementiert, lediglich die „V-Mann Problematik" müsse geklärt werden.

Die NPD bejubelte erwartungsgemäß die Einstellung des Verfahrens. Der Vorsitzende der NPD, Udo Voigt sieht den Tag der Einstellung in der Kontinuität mit dem 18. März 1848 als ein historisches „Datum in dem Kampf für ein besseres Deutschland". „Aufgestachelt vom Zentralrat der Juden in Deutschland" mussten, so Voigt, die „Vertreter der alten BRD-Ordnung [...] eine schwere Schlappe hinnehmen". Jedoch hätte sich das „System [...] um eine klare Entscheidung" vorbeigemogelt. Daher wäre es der Parteiführung lieber gewesen, „sich vor dem höchsten deutschen Gericht mit den Verbotsanträgen auseinander zu setzen".

Als Konsequenz aus der Verfahrenseinstellung gäbe es nun „keinen Grund mehr, sich in nationalkonservativen Konkurrenzparteien oder Miniorganisationen zu verstecken", zudem will die NPD „künftig (verstärkt) die politische Willensbildung in unserem Lande beeinflussen". Folgerichtig ruft die Partei nun selbstbewusst zu einem Aufmarsch am 1. Mai in Berlin auf. Dieser, nur in der NPD-Eigenwahrnehmung gestärkte, „nationale Führungsanspruch" verkennt aber die längerfristigen Auswirkungen des Verfahrens. Die Durchsetzung der NPD mit VS-Spitzeln und der, maßgeblich von den „Freien Nationalisten" angegriffene, zweijährige legalistische Kurs der Partei hat das Bild der NPD in der neonazistischen Szene nachhaltig gestört - wenngleich die stumpfe neonazistische Basis auch weiterhin jeglichen Aufmarsch nutzen wird, um auf der Straße präsent zu sein.

Insbesondere der Hamburger Neonazi Christian Worch sieht in der Verfahrenseinstellung einen „Pyrrhus-Sieg". Entsprechend seiner grundsätzlichen Ablehnung der NPD polemisiert Worch, dass das „Gericht [...] nicht feststellen (konnte), ob es die NPD als eigenständige Partei überhaupt gibt oder sie nicht unter dem Einfluß von VS-Agenten steht, es ihr mithin an Eigenständigkeit mangelt". Diese Frage müsse sich, so Worch „künftig jeder stellen [...], der mit dieser Partei oder ihren Vertretern politisch zu tun hat". Steffen Hupka, bis zur Auflösung Sprecher der „Gesinnungsgemeinschaft Revolutionäre Plattform in der NPD" wäre gar ein Verbot lieber gewesen. Denn die NPD, so Hupka, sei vom Staat unterwandert und binde nach wie vor viele ehrliche nationale Kräfte. Hupka sieht seine Perspektive in „freien nationalen Strukturen". Die NPD werde bald nur noch nebenher existieren.

Der NPD-Rechtsvertreter in dem Verfahren, Horst Mahler, lehnt die NPD ebenfalls fundamental ab. Unmittelbar nach der Verkündung des BVerfG-Beschlusses trat Mahler medienwirksam aus der NPD aus, denn die „NPD ist eine am Parlamentarismus ausgerichtete Partei, deshalb unzeitgemäß und - wie das parlamentarische System selbst - zum Untergang verurteilt". Darüber hinaus postulierte Mahler in seinem hinlänglich bekannten Duktus, dass das „Deutsche Reich lebt. Die judäo-amerikanische Despotie und ihre globalen Kapos werden zu Grunde gehen."

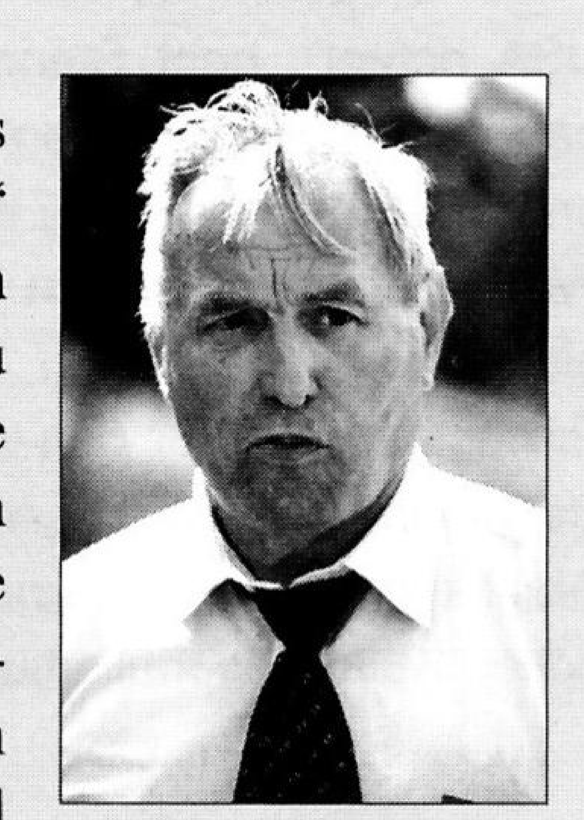
Grundsätzlich blieb der große Jubel in den neonazistischen Parteien und Organisationen aus. Zwar wird mit Genugtuung festgestellt, dass das „BRD-System" eine „schallende Ohrfeige" erhalten habe und, so nochmals Christian Worch, dass „der Angriff der Repression gescheitert ist, ist generell Grund zur Freude. Aber wenn man alle Konsequenzen bedenkt, kann die Freude sich nur in Grenzen halten. In sehr, sehr engen Grenzen!" Die „Freien Nationalisten" ignorieren - bis auf wenige Meldungen - die Verfahrenseinstellung, sehen die NPD weiterhin im parlamentarischen System verhaftet und sich als den einzigen und wahren „nationalen Widerstand".

Als staatliche Konsequenz wird jetzt über eine Reform des Verfassungsschutzes, über eine bessere Abstimmung der Landes- und Bundesverfassungsschutzämter und über ein „Register für V-Leute" nachgedacht. Ob dies bereits die Vorbereitung eines zweiten Verbotsanlaufs ist, wird sich zeigen.

Aber auch weiterhin wird offensichtlich das Parteienverbot als das Mittel der Wahl bei der Bekämpfung von neonazistischen Parteien oder Organisationen gesehen. Die konsequente Ächtung neonazistischer, rassistischer und antisemitischer Ideologien ist nicht erst seit dem sang- und klanglos verkündeten Ende des medial inszenierten „Antifa-Sommer 2000" kein Thema. Zunehmend von Gewöhnung und Desinteresse begleitet marschieren Neonazis und Skinheads auch weiterhin jedes Wochenende irgendwo in der Republik. Im letzten Jahr sind in der offiziellen Statistik 10.579 „ausländerfeindliche, rassistische oder antisemitische Straftaten" registriert worden. Solange die zugrunde liegenden Ideologiefragmente weiterhin den bürgerlichen Parteien immanent sind, ist jedes vermeintliche staatliche Engagement oder Parteienverbotsverfahren eine Farce.

Nazidemo für Busse

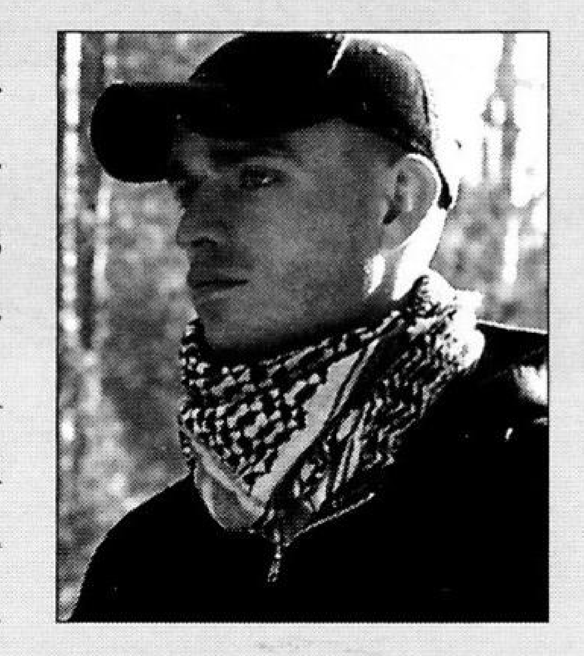
Ein neonazistisches Bündnis „Freiheit für Friedhelm Busse" hatte zu einer Demonstration am 1. März diesen Jahres in Bernau aufgerufen. Anlass war die Verbüßung einer 21-monatigen Haftstrafe von Friedhelm Busse in der dortigen Justizvollzugsanstalt seit Dezember vergangenen Jahres. Dem Aufruf folgten rund 200 Rechtsextreme in die bayrische Kleinstadt. Die Kundgebung fand auf dem Gelände der JVA statt. Allerdings war der Adressat der braunen Solidarität am Vortag in ein Krankenhaus verlegt worden. Mobilisiert hatten zu der Demonstration am Chiemsee neben dem ad-hoc-Bündnis auch die NPD und die Karlsruher Kameradschaft. Ein vom zuständigen Rosenheimer Landratsamt verhängtes Verbot der Veranstaltung war vom Verwaltungsgericht München kurzfristig wieder aufgehoben worden.



Friedhelm Busse

Verurteilt

Das Amtsgericht Dresden verurteilte am 24. Februar diesen Jahres den Neonazi Ronny Thomas wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu einer zehnmonatigen Haftstrafe ohne Bewährung. Sein mitangeklagter Vater Holger Thomas (50) wurde zu einer Geldstrafe von 1.500 Euro verurteilt. Da außerdem ein Ermittlungsverfahren wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte sowie eine Anklage wegen fahrlässiger Trunkenheit im Straßenverkehr gegen den 27-jährigen Thomas anhängig sind, wurde er noch im Gerichtssaal festgenommen. Der einschlägig vorbestrafte Neonazi Thomas gilt als führender Kopf der Dresdner Szene um die Gaststätte „Thor" in Dresden-Übigau. Ein analoges Projekt für das Ende April diesen Jahres abgelaufene „Thor" in Pirna scheiterte bereits im Anfangsstadium. In dem bis 2005 gemieteten ehemaligen Fitnessstudio „Muskelkater" am Stadtrand von Pirna sollte ein Jugendclub nach dem Dresdner Vorbild eingerichtet werden.



Ronny Thomas

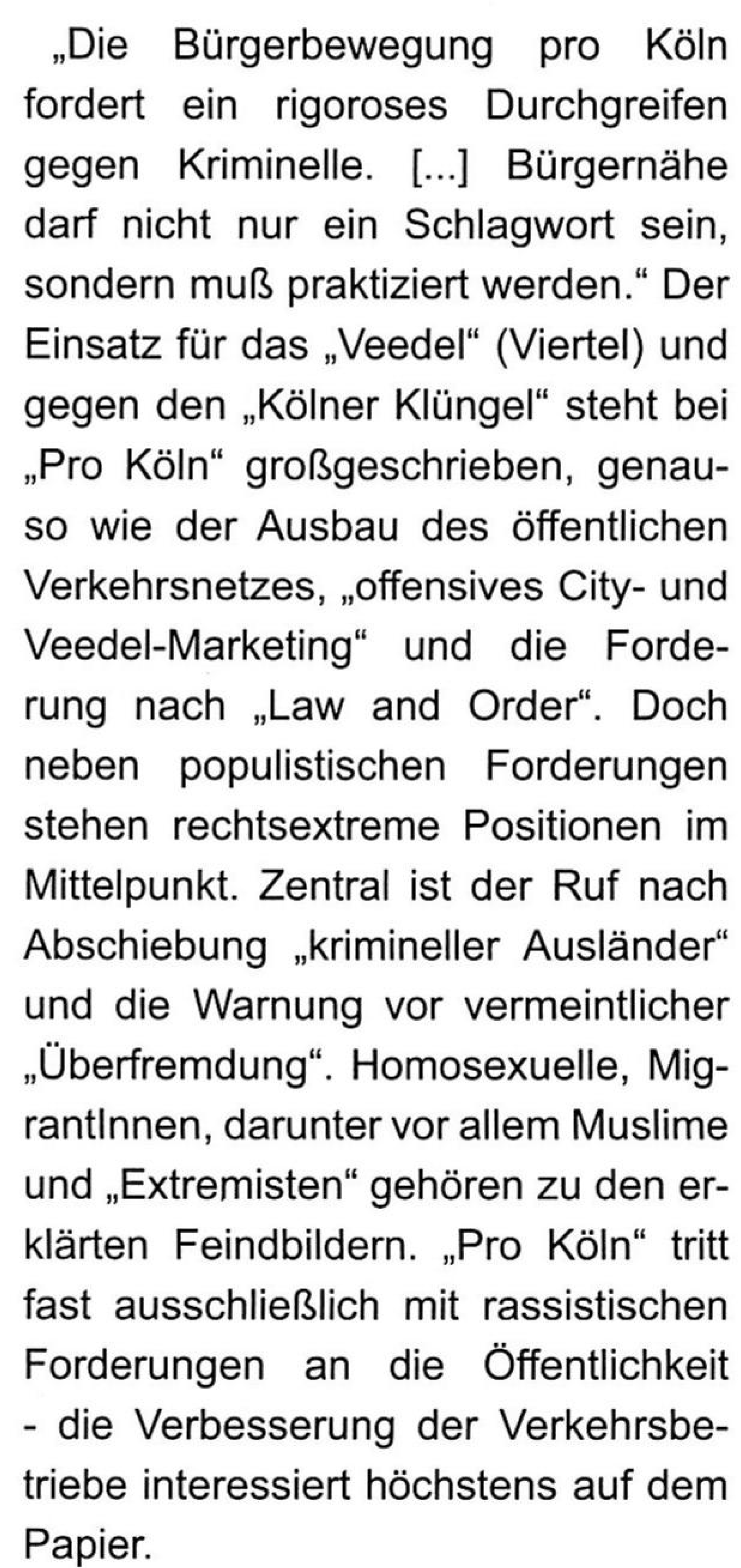
„Pro Köln" - eine extrem rechte „Bürgerbewegung"



„Pro Köln"-Aufmarsch am 15.3.03 in Köln-Chorweiler und Köln-Mühlheim

Seit einigen Jahren ist in Köln die so genannte „Bürgerbewegung Pro Köln" aktiv. Mit „harmlosen" Parolen versucht sie, in der Stadt Fuß zu fassen. Doch hinter der vermeintlich bürgernahen Fassade verbergen sich ein rechtsextremes Programm und altbekannte Gesichter der extremen Rechten. Jetzt kündigt „Pro Köln" eine Teilnahme an den kommenden Kommunalwahlen an.

Von Alexandra Kornblum



„Die Bürgerbewegung pro Köln fordert ein rigoroses Durchgreifen gegen Kriminelle. [...] Bürgernähe darf nicht nur ein Schlagwort sein, sondern muß praktiziert werden." Der Einsatz für das „Veedel" (Viertel) und gegen den „Kölner Klüngel" steht bei „Pro Köln" großgeschrieben, genauso wie der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, „offensives City- und Veedel-Marketing" und die Forderung nach „Law and Order". Doch neben populistischen Forderungen stehen rechtsextreme Positionen im Mittelpunkt. Zentral ist der Ruf nach Abschiebung „krimineller Ausländer" und die Warnung vor vermeintlicher „Überfremdung". Homosexuelle, MigrantInnen, darunter vor allem Muslime und „Extremisten" gehören zu den erklärten Feindbildern. „Pro Köln" tritt fast ausschließlich mit rassistischen Forderungen an die Öffentlichkeit - die Verbesserung der Verkehrsbetriebe interessiert höchstens auf dem Papier.

„Drängende kölsche Themen" möchte „Pro Köln" aufgreifen und somit ein rechtsradikales Image ablegen. Dementsprechend orientiert sich die Gruppe hauptsächlich an bereits bestehenden Diskussionen in Köln. Sie marschierte gegen den so genannten „Drogenstrich", ein Konzept, das drogenabhängigen Prostituierten einen Ort zur Arbeit bereitstellt. „Pro Köln" beteiligte sich an rassistischen Anwohnerprotesten gegen die Unterbringung von Flüchtlingen und sammelte Unterschriften gegen den Bau einer Moschee. Diese geplante Moschee war Anlass der jüngsten Demonstration von „Pro Köln" am 15. März diesen Jahres. Im Vorfeld warb die Gruppe vor allem in den betroffenen Vierteln massiv mit Flugblättern und Informationsständen.

Auf den ersten Blick scheint die Strategie zu greifen: Zahlreiche Bürger unterschrieben gegen den Bau der Moschee, ohne wirkliche zu ahnen, wer sich dahinter verbarg. Darüber hinaus gibt sich „Pro Köln" neben ihrem „bürgernahen" Image den Anschein einer Partei. Die Gruppierung überreichte dem Rat der Stadt Köln die Unterschriftenlisten samt einer Petition. Öffentlichkeit und Bekanntheit sind notwendige Mittel, um an den Kommunalwahlen 2004 teilzunehmen. Das Ziel ist der Einzug in den Rat der Stadt Köln. Nicht zum erstenmal: Manfred Rouhs und Markus Beisicht, Mitglieder von „Pro Köln" zogen bereits 1989, damals noch für die „Republikaner", in den Kölner Stadtrat ein. 1994 misslang mit der rechtsextremen „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) ein erneuter Wahlerfolg.

Die Protagonisten von „Pro Köln" sind nicht nur in der Lokalpolitik alte Bekannte. Manfred Rouhs war lange Jahre Mitglied der „Jungen Nationaldemokraten", wechselte zu den „Republikanern" und schließlich zur DLVH. Er war Herausgeber der Stategiezeitschrift „Europa Vorn" - jetzt „Signal". Offiziell bekleidet er keine tragende Funktion bei „Pro Köln", ist aber einer der maßgeblichen Organisatoren. Vorsitzende Judith Wolter sorgt mit ihren 24 Jahren für ein jugendliches Erscheinungsbild. In letzter Zeit knüpfte sie verstärkt Kontakte zur NPD und zum NPD-nahen „Deutschen Kulturwerk" (DKW). Im Dezember letzten Jahres gab die sonst zurückhaltend auftretende Jurastudentin beispielsweise ein Interview im NPD-Organ „Deutsche Stimme". Markus Beisicht, Anwalt in Leverkusen und Bernd Schöppe sind weitere Hauptaktivisten. Beide waren bereits in der DLVH aktiv und stellen heute ein Bindeglied zu militanten Neonazis dar.

Die „bürgernahe" Strategie von „Pro Köln" geht so glatt jedoch nicht auf. Bisher distanzierten sich konservative und rechte Kräfte, wenn sie erfuhren, mit wem sie es zu tun hatten. Der Schritt zur Unterstützung einer rechtsextremen Organisation ist mit einer abgeleisteten Unterschrift nicht getan. An den öffentlichen Aktionen von „Pro Köln" nahm bisher kaum jemand aus der Bevölkerung teil, da sie keineswegs das sind, was man sich unter den Aktivitäten einer „demokratischen" Gruppierung vorstellt: Begleitet von antifaschistischen Protesten und einem massiven Polizeiaufgebot sammelten sich hauptsächlich militante Neonazis aus NRW, Mitglieder der NPD und Freie Kameradschaften auf den „Pro Köln"-Demonstrationen. Auch Kader wie Christian Malcoci (ex-FAP) und der Dortmunder „SS-Siggi" Siegfried Borchardt ließen sich sehen.

Diese Mischung ist in zweierlei Hinsicht verwunderlich: Zum einen läuft sie der Strategie des bürgernahen Auftretens zuwider. Die wenigsten Aufmarschteilnehmer hielten sich an Rouhs´ Aufrufe, in „ziviler" Kleidung zu erscheinen. Zum anderen verläuft die Beziehung zwischen „Pro Köln" und den militanten Neonazis, vor allem den „Freien Kameradschaften" keineswegs spannungsfrei. Schmähnamen wie „Demokröte" und „Prototyp eines Verlierers" zeigen, dass Manfred Rouhs keinen guten Stand in der Neonazi-Szene hat.

Trotz aller Streitigkeiten scheinen es die auswärtigen Kameraden für wichtig zu halten, zu den Aktionen nach Köln anzureisen, obgleich bei der letzten Aktion am 15. März weniger „Freie Kameradschaften" als NPD das Gesamtbild prägten. Die Kontakte zu anderen „Pro Köln"-Mitgliedern überwiegen möglicherweise die Animosität zu Rouhs. Die Widersprüchlichkeiten zwischen Selbstdarstellung und öffentlichem Auftreten bleiben jedoch bestehen. Solange sich das nicht ändert, wird „Pro Köln" mit seinem Konzept wenig Erfolg haben.

Breite Front

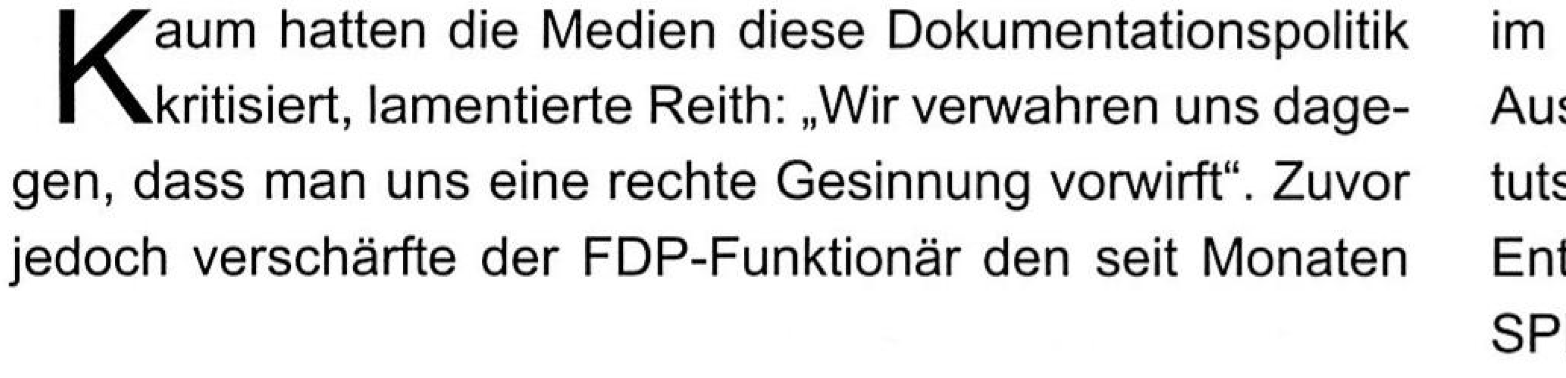


Aufmarsch am 05.04.2003 in Neumünster

Wehrmachtsausstellung in Neumünster

Der Aufruf der „Freien Kameradschaften" gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" in Neumünster findet sich nicht auf der Website. Stattdessen stellte der Kreisverband der FDP Artikel der NPD sowie einen Link zu der ältesten neofaschistischen Partei auf seine Site. Allein „zur Dokumentation der Debatte", wie der Kreisvorsitzende Wolf Reith beteuerte.

Von Stephan Lindke & Andreas Speit



Kaum hatten die Medien diese Dokumentationspolitik kritisiert, lamentierte Reith: „Wir verwahren uns dagegen, dass man uns eine rechte Gesinnung vorwirft". Zuvor jedoch verschärfte der FDP-Funktionär den seit Monaten im Stadtrat laufenden Streit um die Ausstellung des „Hamburger Instituts für Sozialforschung", als er die Entscheidung der Ratsmehrheit von SPD und „Bündnis 90/ Die Grünen" als eine „ideologisch motivierte Geldverschwendung" bezeichnete. Nur die Minderheitsposition der CDU und „Statt-Partei" ermöglichte, dass die Ausstellung von Anfang April bis Mitte Mai diesen Jahres im Stadtzentrum „Kiek in" gezeigt werden kann.

Um den Ratsbeschluss zu unterlaufen, stellte die CDU noch einen Antrag auf einen Bürgerentscheid. „Die Verbrechen von damals sollen nicht beschönigt werden", betonte CDU-Fraktionsvorsitzender Peter Jesse, nur in Neumünster müßte die Ausstellung nicht gerade gezeigt werden. Die Stadt hätte nicht die Finanzen und das Image könnte auch leiden. Schließlich sei „Neumünster eh schon für den ‚Club 88' bekannt", weiß Jesse, „da muss man mit der Wehrmachtsausstellung nicht noch einen drauf setzen." Und „wenn jetzt die rechten Demonstranten kommen, trägt alleine die SPD die Verantwortung". So herbeigerufen, fühlten sich die Neonazikader des „Club 88 – The very last resort", die schon seit Jahren das Nazizentrum in dem Stadtteil Gadeland betreiben, um so mehr berufen, gegen die „Schandausstellung" aufzumarschieren. Als die Ratsfraktionen noch stritten, meldete Peter Borchert, Neonazichef der „Freien Nationalisten" und Parteivorsitzender der NPD in Schleswig-Holstein, schon mehrere Aufmärsche an.

Unter dem Motto „Keine Ruhe für Reemtsma – deutsche Jugend marschiert gegen die Schandausstellung" folgten über 500 Neonazis aus mehreren Bundesländern sowie Dänemark und Schweden am 5. April diesen Jahres dem Ruf nach Neumünster.

Auf dem Großflecken hielt der „Runde Tisch für Toleranz und Demokratie" der Stadt eine Kundgebung ab. „Die Ausstellung können nicht genug Bürger besuchen", betont Neumünsters Stadtpräsidentin Helga Hein, stellt aber fest, „die Auseinandersetzung spaltet seit Tagen die Bürger". Ein nötiger Streit, wie Heinz-Werner Ahrens, Präsident des schleswig-holsteinischen Landtags, hervorhob. Er betonte gegenüber jenen Antifaschisten, die sich den Neonazis entgegenstellten: „Für Frieden schreien und selbst Gewalt billigen – da scheidet sich der Weg".

Angeführt von Polizeisonderkräften konnten die Neonazis dann auch ihren Aufmarsch durchführen. „Die gleichen Verbrecher, die das Deutsche Reich überfielen", wetterte der Neonaziführer Thomas Wulff, „greifen heute den Irak an". Thorsten Heise aus Northeim erklärte den Kameraden, dass nur „Volksverhetzer die Soldaten des eigenen Volkes" beleidigen würden und der Bad Honnefer Ralph Tegethoff ermutigte sie: „In Deutschlands dunkelster Zeit habt ihr den deutschen Soldaten und der europäischen Freiwilligenarmee die Ehre erwiesen". Gemeint war die SS, deren Taten man sogleich würdigte.

Erst in der Nacht schritt die Polizei in Neumünster gegen die Neonazis ein. Nach dem Aufmarsch hatte der Neonaziclub ein Rechtsrockkonzert in

Club-Sound für daheim

Die Merchandising-Palette des Neumünsteraner „Club 88" ist um ein neues Produkt reicher. Nach einem T-Shirt mit dem Slogan „The very last Resort", einem Jahreskalender mit Fotos aus dem Clubleben für die Wand daheim folgte nun die Veröffentlichung eines CD-Samplers unter dem Titel „The very last Resort. Club 88 Neumünster". Das Begleitheft wartet mit einer Fotogalerie seiner BesucherInnen auf, die zum Teil bereits im Kalender veröffentlicht wurden. Neben Christiane Dolscheid, Besitzerin des ‚Clubs', sind u. a. Peter Borchert, Jan Steffen Holthusen, der dem mittlerweile verbotenen „Hamburger Sturm" zuzurechnen war, und die Fußballmannschaft des ‚Clubs' abgebildet. Eingefasst wird die Bildergalerie von dem Slogan „National befreite Zone". Die Bands auf der CD sind, zum Teil mit exklusiven Beiträgen: „German-Swedish-Friendship", „Propaganda" (Horb), „Göttersturm", „C.O.R. feat. Swan", „Oidoxie" (Dortmund), „Legion of Thor" (Berlin), „White Storm Nordmark" und „V-Punk" (Kiel), die sich mit ihren beiden Beiträgen das erste Mal öffentlich zur RechtsRock-Szene bzw. zum „Club-88"-Umfeld bekennen. Veröffentlicht wurde die CD bei „Celtic Moon", einem dänischen Versandlabel, das vor allem in Deutschland verbotene Tonträger in seinem Sortiment führt und CDs von „Landser", „Weisse Jäger" und „Blood & Honour" sowie Hakenkreuzfahnen und ähnliche Devotionalien anbietet. Es bleibt zu befürchten, dass diesem Elaborat weitere folgen, denn auf dem Silberling selbst steht „CD 1".



der Gadelander Straße veranstaltet. Als in der angemieteten Lagerhalle „Symbole verfassungsfeindlicher Organisationen“ gezeigt wurden, so ein Polizeisprecher, „schritten die Kollegen ein“. Die Bands „Ultima Ratio“ und „White Law“ hätten laut Borchert aber ihre Auftritte „erfolgreich durchgeführt“. Da die Beamtem mit Flaschen angegriffen wurde, stellten sie die Personalien von den 400 Konzertgästen fest.

Im Vorfeld des Aufmarsches kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Borchert und der NPD. Laut Borchert sei auf Intervention des NPD-Landesvorstands Sachsen hin die zugesagte „NPD-Beschallungsanlage“ zurückgezogen worden. Dadurch torpediere „ein nicht unerheblicher Teil der Führung der NPD“ den Aufmarsch und habe „wiedereinmal eine zersetzerische Handlungsweise zu verantworten“. Da Borchert sich im Kriegszustand „mit den Besatzern unseres Heimatlandes und deren System“ wähnt, drohte er der NPD-Führung mit einer kriegsgemäßen Ahndung der Zersetzung. Nun hält selbst Christian Worch Borchert „für völlig durchgeknallt“ und ob seiner „unverhohlenen Gewaltphantasien [...] (für) nicht mehr diskussionswürdig“. Jürgen Günz, der Besitzer der NPD-Lautsprecheranlage, vermisste indes ein „Mindestmaß kameradschaftlicher Grundsätze“. Borchert habe sich „fernab jedweder Gemeinschaft gestellt“. Prompt bezichtigt Borchert Günz der bewussten Lüge, und warf Worch vor „geisteskrank“ zu sein. Im Übrigen sei bekannt, dass „die NPD kein wirkliches Interesse daran hat, Demos zur Ehre unserer Soldaten zu unterstützen“.

Die Lautsprecheranlage wurde schließlich vom „Aktionsbüro Norddeutschland“ gestellt. Aber auch hier witterte Borchert im Vorfeld Intrigen. So warf er Lars Jacobs aus dem Worch-Umfeld vor „sich an der zersetzerischen ‚Politik‘ gegen die Wehrmachtsdemo in Neumünster voll“ zu beteiligen und gegen die Nutzung der „Aktionsbüroanlage“ zu opponieren. Doch der interne Streit verhinderte nicht das gemeinsame öffentliche Auftreten.

Linkes Ticket

Aktivitäten der „Kameradschaft Magdeburg“

In den 1990er Jahren gaben schwere rechtsextreme und fremdenfeindliche Straftaten in Sachsen-Anhalts Landeshauptstadt Magdeburg kontinuierlich Schlagzeilen für überregionale Medien ab. Seit 1999 ist es scheinbar ruhig geworden um die örtliche rechte Szene. Doch der Eindruck täuscht.

Von Christian Grünert



NPD-Kranzniederlegung in Magdeburg

Als Indikator für die Aktionsfähigkeit der rechten Szene in Sachsen-Anhalt kann der jährlich im Januar als Auftaktereignis stattfindende Aufmarsch zum Tag der Bombardierung der Stadt Magdeburg im 2. Weltkrieg gelten. Hatten in den Jahren vor 1998 nur wenige ältere Mitglieder der REP und NPD an der Gedenkstele für die Zerstörung der Stadt Kränze niedergelegt, so wurde der Westfriedhof in den darauffolgenden Jahren zum Demonstrationsort militanter Neonazis nicht nur aus Sachsen-Anhalt.

Dieser deutliche Politisierungsschub ist umso gravierender als Magdeburgs rechte Szene in der Vergangenheit zwar durch schwere Straftaten und kulturelle Aktivitäten im Bereich Rechtsrock (Bands „Elbsturm“ und „Doitsche Patrioten“) hervortrat, sich jedoch bei der politischen Organisierung zurückhielt. Die zunehmende organisatorische Strukturierung geht einerseits auf den Einfluss Steffen Hupkas, andererseits auf intensive Kontakte zu neonazistischen Gruppen aus der Altmark zurück.

Mit Matthias Güttler als vormaligem NPD-Kreischef hatte die Szene zudem einen Exponenten der „Revolutionären Plattform in der NPD“ (RPF) in ihren Reihen, dem an einer engen Kooperation mit den Neonazis der „Freien Nationalisten“ gelegen war. Güttler stellte mit seinem Etablissement „Zum deutschen Reinheitsgebot“ bis zum vergangenen Jahr auch den räumlichen Treffpunkt für die Szene zur Verfügung. Aus ungeklärten Gründen brannte das Lokal ab. Güttler ging Pleite und verlor nach der Niederlage der RPF im parteiinternen Machtkampf seinen Posten.

Heutige Akteure der rechten Szene gehören jedoch mehrheitlich der Nachwuchsgeneration an. Sie agieren unter dem Namen „Kameradschaft Magdeburg“ und zeichnen sich durch einen starken politisch-jugendkulturellen Aktionismus und regionale Mobilität aus. Sehr offensiv treten die jungen Rechtsextremen um Florian Fuhrmann im Kontext öffentlicher politischer Kundgebungen auf. So störte die Gruppe mit Parolen und Flugblättern eine Bundestagswahlkampfveranstaltung der SPD. Zwecks Provokation wurde auch zum Gedenken an den 1997 ermordeten Punk Frank Böttcher mobilisiert. Zuletzt organisierten die Neonazis Anfang März diesen Jahres am Gelände der Synagogengemeinde Magdeburgs unter dem antisemitischen Motto „Holocaust in Palästina – Massenmord durch die Rabbiner“ eine „Mahnwache gegen israelischen Terror“, an der auch Neonazis aus anderen Städten des Landes teilnahmen. Die Versammlungsbehörde der Stadt sah sich offenbar außer Stande, ein Verbot auszusprechen. Zudem steht zu erwarten, dass sich die Szene ähnlich wie in anderen Städten weiterhin an den Aktionen der Friedensbewegung beteiligen wird.

Der jugendkulturelle Stil der örtlichen „Kameraden“ setzt auf ein linkes Ticket und bricht mit sämtlichen Klischees über Bomberjacken tragende Glatzen. Stattdessen scheinen der Aneignung als politisch links geltender jugendkultureller Codes keine Grenzen gesetzt zu sein. Der Kleidungsstil kopiert bis ins Detail den jugendkulturellen Code der linken Szene der 1980er Jahre bzw. der Hardcoreszene. Gefärbte Haare und Piercing sind keine Ausnahme. Auf Demonstrationen werden „Che Guevara“-T-Shirts ebenso getragen wie die Musik von Bands wie „Slime“ und „Ton Steine Scherben“ gespielt wird. Dem Augenschein nach sind viele jüngere Neonazis vielfach nicht mehr von alternativen Jugendlichen zu unterscheiden. Die alltägliche lebensweltliche Bindung an die Szene bzw. ihr Umfeld wird auch über den Zuzug von Wohngemeinschaften in ehemals alternativ geltenden Stadtvierteln realisiert.

Das Konzept einer szeneeigenen „Gegenöffentlichkeit“ verfolgt die „Kameradschaft Magdeburg“ mit einem Internetprojekt namens „Nationaler Beobachter“. In offensichtlicher Kooperation mit dem gleichnamigen Projekt in Halle/Saale ist die Page ein Ort eitler Selbstdarstellung und der Popularisierung rechter Events. In einer seltsamen Mischung aus Szeneslang und seriös klingender Presseerklärung wird die Berichterstattung lokaler Medien über eigene Aktionen zumindest sekundär zu beeinflussen gesucht. Der Erfolg in der Lokalpresse stellte sich allerdings bisher - anders als in anderen Regionen Sachsen-Anhalts - nicht ein. In der Papierausgabe des „Nationalen Beobachter“ finden sich zudem neben regionalen Aktionsberichten auch Artikel zu extrem rechten Weltanschauungsgrundlagen.

Aus der Zusammenschau der regionalen Aktivitäten der rechtsextremen Szene der Stadt und der Region wird eine infrastrukturelle und organisatorische Vernetzung dieser Szene erkennbar, deren partielle politische Kampagnenfähigkeit es zurückzudrängen gilt.

Hitler-Jubelfeier

2.000 Naziskins bei Konzert in Nordfrankreich

Von Paul Cleve

Pünktlich zum 114. Geburtstag von Adolf Hitler organisierten „Hammerskins“ in diesem Jahr ein Konzert, für das im Vorfeld mit neun internationalen RechtsRock-Bands geworben wurde. Die Feier stand unter dem Motto „18 Day“ - 18 steht für den ersten und den achten Buchstaben im Alphabet, also AH = Adolf Hitler. Die Mobilisierung fand verdeckt über Szene-Kontakte, das Internet und ein Info-Telefon statt, das bereits zwei Tage vorher mit näheren Informationen aufgewartet hatte. Der eigentliche Veranstaltungsort wurde allerdings erst am Nachmittag des 19. April bekannt gegeben, nachdem die BesucherInnen den Schleusungspunkt am Parkplatz „Aire de Landgraben“ an der französischen Autobahn A 35 nördlich von Straßburg passiert hatten. Am späten Nachmittag trafen sich dann annähernd 2.000 Neonazis in dem 500-Seelen-Dorf Ringendorf, etwa 50 Kilometer nördlich von Straßburg. Sie waren aus der Schweiz, Österreich, Frankreich, den Niederlanden, Belgien und vor allem aus Deutschland angereist.

In der gut gefüllten Konzert-Halle spielten bis weit in die Nacht hinein die Bands „Panzerjäger“, „Fraternite Blanche“ (beide Frankreich), „Death Heads“ (Australien), „Steelcapped Strength“ (Schweden), „Spreegeschwader“ (Berlin) und „Verzerödes“ (Ungarn). Für Begeisterung sorgten vor allem die deutsche Band „Race War“ und die US-Amerikaner „Intimidation One“, die von Billy Bartlett („Celtic Warrior“, GB) unterstützt wurden. Sie coverten u. a. auch einige Lieder der Berliner Band „Landser“ und unterstrichen den Text mit „Sieg Heil“-Gegröle. Die angekündigte Mecklenburg-Vorpommersche Band „Skalinger“ trat jedoch nicht auf.

Das Konzert verlief ohne Störungen. Es gab weder seitens der französischen Behörden noch der Polizei Versuche, die Hitler-Jubelfeier zu verhindern. Auch die französische Dorfbevölkerung schwieg angesichts des besatzungsartigen Zustands ihres Dorfes.

Trotz Verbot nicht tot?!

Von Bob Andrews

„SA, SS, Heil. Die grosse Zeit ist jetzt angebrochen, Deutschland ist erwacht. Die Macht haben wir nun in Deutschland gewonnen, nun gilt es das deutsche Volk zu gewinnen.“ Mit diesem Redeausschnitt von Adolf Hitler beginnt die jüngst veröffentlichte CD-Compilation „Blood & Honour Deutschland. Trotz Verbot nicht tot“. Der Titel spielt auf das Verbot der Organisation am 14. September 2000 an und soll suggerieren, dass die deutsche „Blood & Honour“ (B&H)-Division nach wie vor aktiv ist. Auf der CD sind 18 Bands vertreten, deren Namen allerdings nicht verzeichnet ist. Zu groß ist wohl die Angst vor strafrechtlicher Verfolgung. Daher wird auf dem Silberling selbst lediglich darauf hingewiesen: „Die Bands auf diesem Sampler kommen nur aus einem bestimmten Teil des besetzten Reiches.“

Musikalisch wartet der Tonträger mit einer Vielfalt verschiedener Stile auf, von klassischen RechtsRock über Hardcore, Black Metal, NDW-Parodien bis hin zum Wandergitarrensound der Liedermacher. Dabei bleibt die Musik politisch immer eindeutig. Die Sänger glorifizieren den Nationalsozialismus und hetzen offen gegen MigrantInnen, Behinderte, Linke, demokratische Politiker, Punks und Trojan-Skinheads. Anhand der Lieder, die scheinbar nicht exklusiv eingespielt wurden, lassen sich die Bands im übrigen doch identifizieren. Die Songs „Deutsche Soldaten“ und „Punk“ stammten beispielsweise von „Eugenik“, „Als die Alten noch jung“ von „Absurd“ und „Nigger“ von „Die Härte“. Compiliert wurde die CD laut Einträgen in Newsgroups im Internet von der thüringischen B&H-Sektion.

Aber nicht nur die Liedtexte, sondern auch die Aufmachung der CD verstößt gegen die in Deutschland geltenden Strafgesetze. Das Begleitheft und die CD sind mit verschiedenen Fotografien aus der Zeit des Nationalsozialismus und von Adolf Hitler versehen, auf denen auch Hakenkreuze und SS-Runen gezeigt werden. Wohl wissend um die Illegalität ihres Elaborats in Deutschland haben die Hersteller einen Hinweis auf dem Tonträger angebracht: „Produziert in Skandinavien für den dortigen Vertrieb. Die verwendeten Texte und Symbole können möglicherweise einen freien Erwerb in Deutschland erschweren.“

Rechter Trend

Neue Neonazi-Immobilien

Am 15. April diesen Jahres geriet der Dachstuhl des ehemaligen Altenheims in Trebnitz in Brand. Da demnächst in dem alten Gemäuer ein nationales Schulungszentrum entstehen soll und Steffen Hupka aus Timmenrode vor Ort rührig „handwerkelt", schaltete sich der Staatsschutz ein.

Von Andrea Röpke

Außerdem soll es nach Erkenntnissen des „Zentralen Kriminaldienst Dessau" ein Bekennerschreiben einer „Antifaschistischen Gruppe" geben, in dem es heißt, dass die Gruppe das Feuer gelegt habe, „um Strukturen von Neonazis zu zerschlagen".

Schon kurz nach Ende der Löscharbeiten hatte die Kripo Anhaltspunkte für Brandstiftung, aber dennoch werde nach Eigenaussage in alle Richtungen ermittelt „vom linksextremistischen Anschlag, über Nachbarschaftsstreit bis zum Versicherungsbetrug".



Haus der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen"

Steffen Hupka soll jedenfalls sofort vor Ort gewesen sein, um den Schaden zu begutachten. Einmal ist die Rede von nur 10.000 Euro, dann wieder heißt es, der Schaden könne sich auf über 750.000 Euro belaufen.

Es ist anzunehmen, dass Hupka im Sommer in Trebnitz die ersten rechten Veranstaltungen abhalten will, denn seine Bauarbeiten laufen auf Hochtouren. Vor einigen Wochen hielten die Neonazis in Trebnitz bereits einen „Tag der offenen Tür" ab, der von der regionalen Bevölkerung wohlwollend angenommen worden sein soll.

Unweit vom Trebnitzer Schloss im Mansfelder Land haben sich Funktionäre der extrem rechten „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) einen Gutshof gekauft. Das große Fachwerkhaus mit umliegenden Scheunen und Wirtschaftsgebäuden liegt idyllisch in einem kleinen Dorf, am Ende einer Stichstraße. Für nur ca. 16.500 Euro sollen die Rechten das insgesamt über 2.000 qm große Gelände ersteigert haben.

Auch dort soll angeblich ein Schulungszentrum entstehen. Seit letztem Jahr sind die JLO-Bundesfunktionäre Dirk Pott aus Blaichach und Christian Schaar aus Weinheim mit ihren Leuten beim „Arbeitseinsatz Bauernhof". Dieses Naziobjekt liegt ebenfalls strategisch günstig im Dreiländereck Thüringen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und war günstig zu erwerben. Die Nachbarn nehmen die wöchentlichen Besucher mit Neugier zur Kenntnis - um wen es sich bei den Sanierern handelt ist ihnen bisher noch nicht bekannt.

Im Dörfchen Fretterode im nordwestlichsten Gebiet Thüringens muss inzwischen auch der letzte Anwohner darüber aufgeklärt sein, wer sich dort niedergelassen hat: Thorsten Heise, Kameradschaftsführer aus Northeim. Es gab bereits Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen durch Beamte des Landes- und Bundeskriminalamtes und neue Ermittlungsverfahren wegen Heises rechten Geschäftsumtrieben.

Dennoch musste der thüringische Innenminister Trautvetter am 6. März diesen Jahres in einer Fragestunde kleinlaut einräumen, dass Heises im Oktober 2001 gestellte Anträge zur „Förderung von Dorferneuerungsmaßnahmen" bewilligt wurden und er nun einen staatlichen Zuschuss zur Erneuerung seiner Türen und Fenster in Höhe von 6.600 Euro erhalten wird. Trautvetter weiter: „Eine Auszahlung erfolgte noch nicht, da die Maßnahme noch nicht abgeschlossen ist."

Weitaus erfolgreicher und vor allem konsequenter gegen Neofaschisten gingen Lokalpolitiker im Landkreis Stade vor. Als den Bürgern von Freiburg (Niederelbe) bekannt wurde, dass mit Marcel König, ein Rechtsextremer die Speisewirtschaft in der Gartenstraße 1 betreiben wollte, handelten sie und informierten die zuständigen Behörden über die politischen Hintergründe. Daraufhin lehnte die Landkreisverwaltung in Stade Königs Antrag auf Ausstellung einer Schankerlaubnis am 3. Januar diesen Jahres ab. Die Kommunen argumentierten gegenüber Königs Anwalt Womelsdorf aus Hannover, die „gewaltbereite bzw. gewaltduldende Einstellung" seines Mandanten sei „unübersehbar".

Des weiteren soll König in der rechtsextremen Band „Leitwolf" mitgewirkt haben, deren „fragwürdige CD den Titel Heil!Heil! trägt".

Das Ordnungsamt des zuständigen Landkreises befürchtet, die Gaststätte könnte Treffpunkt und Versammlungsort rechtsextremer Gruppen werden. „Gute Bekannte" des Betreibers aus dem Szeneumfeld wie „Sturm 88" und „Hamburger Sturm" könnten das Lokal in etwa einer Stunde aufsuchen und „eine potentielle Gefahr durch die rechte Szene ist nicht auszuschließen". Ähnliche Befürchtungen äußerte auch die Polizeiinspektion Stade, aus deren Sicht sei der „Trend der rechten Szene, eigene Objekte für ihre verbotenen Versammlungen zu nutzen, unübersehbar".

Mittlerweile stehen die beiden Gebäude in der Freiburger Gartenstraße über ein Maklerbüro wieder zum Verkauf. Der Verkaufspreis hat sich mittlerweile um über 13.000 Euro erhöht.

Holocaustrelativierung

Das Oberlandesgericht (OLG) Karlsruhe entschied Ende April diesen Jahres, dass die Bezeichnung von Schwangerschaftsabbrüchen als „Mord" und „neuer Holocaust" vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sei. Ein Gegner von Schwangerschaftsabbrüchen hatte vor einer Arztpraxis Flugblätter verteilt und den medizinischen Vorgang „neuen Holocaust" genannt. Das Heidelberger Landgericht hatte diese Kritik untersagt. Das OLG wies nun die Klage des Arztes in vollem Umfang ab. Die Äußerung diene nicht eigennützigen Zwecken, sondern sei „als Beitrag im geistigen Meinungskampf" in einer die Öffentlichkeit bewegenden Frage anzusehen. Das OLG ließ aber eine Revision zum Bundesgerichtshof (BGH) zu. Der Demonstrant war bereits in einem ähnlichen Fall erst vom OLG Stuttgart zu einer Unterlassung der Äußerung „Damals: Holocaust - heute: Babycaust" verurteilt worden. Später sah der BGH dies von der Meinungsfreiheit gedeckt.

Querfront: ein virtueller Angriff auf die Linke?

Am Ende der Weimarer Republik versuchte die Kapitalfraktion „Neue Industrie" (Chemie und Elektrobranche, Deutsche Bank) durch Bildung einer „Querfront" ihren Hegemonieanspruch gegenüber der reaktionären Schwerindustrie und dem Junkertum politisch durchzusetzen. Der Versuch des General von Schleicher, die öffentliche Legitimation dafür durch die Bildung eines Querfront-Kabinetts einzuholen, scheiterte an der Stärke der Schwerindustrie, für die sich von Papen und auf Seiten der Nationalsozialisten besonders Hermann Göring stark gemacht hatten.

Von Raimund Hethey

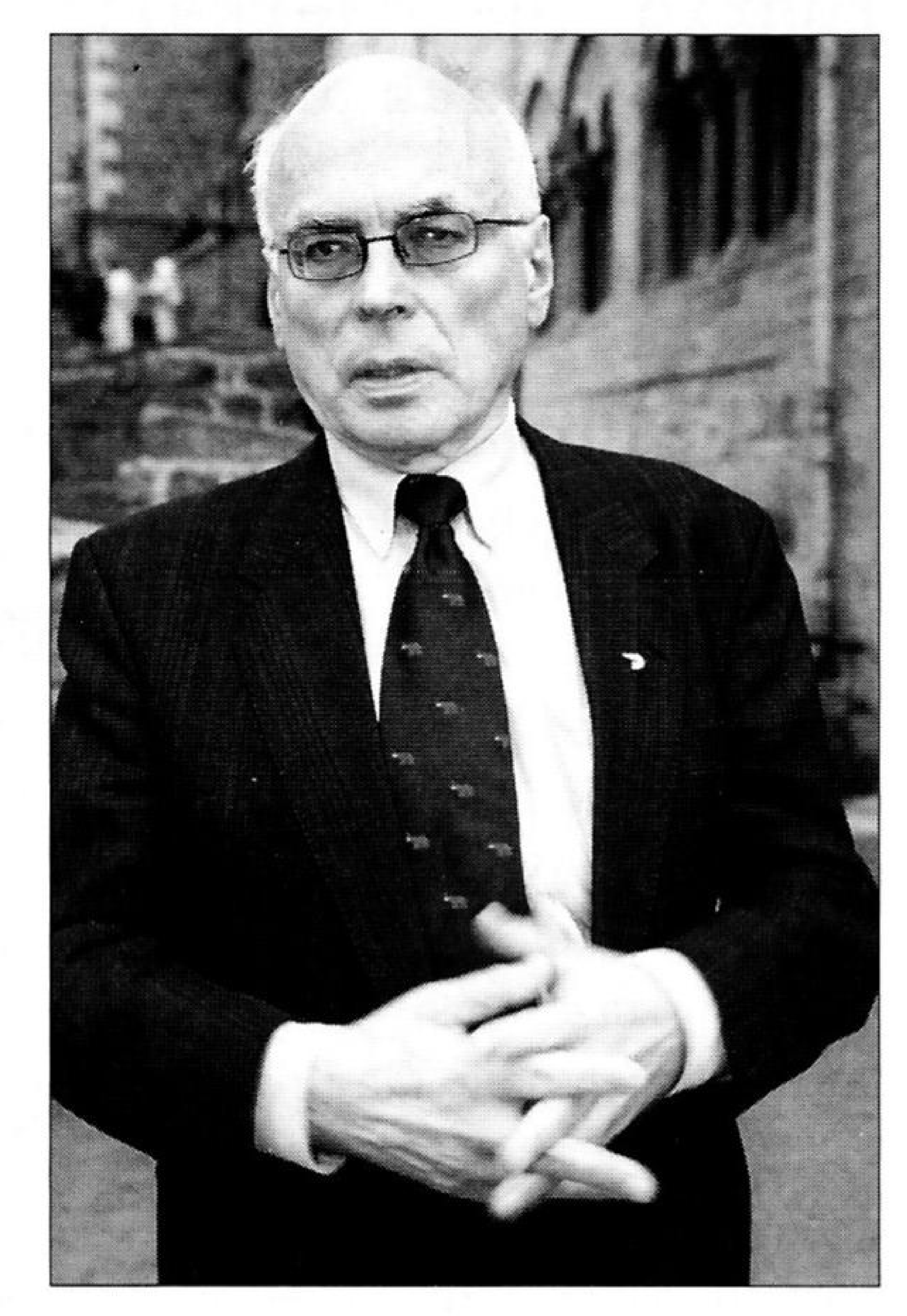
Schleicher hatte bereits den Vorsitzenden des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes" (ADGB) Theodor Leipart und den Nationalsozialisten Gregor Strasser für sein Vorhaben gewonnen. Der Kampf beider Kapitalfraktionen hatte bis in die NSDAP hineingewirkt und Spaltungsprozesse ausgelöst, deren Ergebnis die Entmachtung des Strasserflügels und die Stärkung der SA war, die für die Zerschlagung demokratischer Strukturen bis 1934 unentbehrlich schien.

Thomas Brehl

Heute werden alle Versuche, über ideologische Grenzen hinweg „Bündniskonstellationen" zu schaffen als „Querfront" geoutet – ohne Bezug auf einen ökonomischen Hintergrund. Der Begriff der „Querfront" wird dazu benutzt, um der Beobachtung einen Ausdruck zu verleihen, dass vermeintliche (Ex-)Linke mit Neo-Nazis und anderen faschistoiden Kräften kooperieren oder dass bekannte Neo-Nazis mit dem Konzept „Querfront" insbesondere Jugendlichen ein Forum anbieten, mit Neo-Nazis ins Gespräch zu kommen. Als Medium dient bevorzugt das Internet, mit dessen Hilfe Kontakte anonym und schnell hergestellt werden können. Eine Organisierung dieser Kräfte konnte bisher nicht festgestellt werden. Mit der ursprünglichen Querfront-Strategie haben aktuelle Versuche nichts zu tun, dafür ist die Linke im Augenblick viel zu schwach. Dennoch muß dieser Vorgang beobachtet und mit aktiver Aufklärungsarbeit bekämpft werden, weil sich im Verlauf der neuen „Friedensbewegung" faschistoide Kräfte verstärkt um Einfluss auf Jugendliche bemühen, um im Kampf um die Köpfe Vorteile für sich zu ziehen.

Das Internetprojekt „Querfront" richtet sich gezielt an Anarchisten und Punks. Auf der Homepage werden SurferInnen mit einem umgedichteten Zitat von Ton-Steine-Scherben begrüßt: „Die letzte Schlacht verlieren wir". Neben der Verhohnepipelung der linken Kultband, deren Songs auch schon auf Nazi-Aufmärschen gespielt wurden, steht die Selbstdarstellung des Projekts „Querfront", in der die SurferInnen dazu animiert werden, sich nicht von politischen „Ritualen anöden" zu lassen und sich keinen „Denkverboten, Feindbildern und Gruppenzwängen" zu fügen.

Neben dokumentierten Aufrufen aus dem Antifa-Spektrum, von Bauwagenplätze-Verteidigern und aus anderen eher links besetzten Politikfeldern [vermutlich ohne Erlaubnis und Wissen der VerfasserInnen] werden immer wieder Texte aus einem faschistoiden Umfeld ins Netz gestellt. Darunter vorzugsweise Beiträge und Produkte aus dem „Bublies-Verlag" und seinem Hausmagazin „Wir Selbst". Von dort scheint auch das Muster übernommen worden zu sein, Zitate bekannter Linker und Nazi-Sprüche bspw. von Göring, Ley oder auch aus dem NPD-Blatt „Deutsche Stimme" in Kästchenformat nacheinander zu stellen. Dass Bertolt Brecht dort falsch geschrieben wird, weist auf die Stümperhaftigkeit der Homepagebetreiber hin, die sich hinter dem Vereinsnamen „Bunte Hunde e.V." verstecken. Richtungsweisend sind die Beiträge einschlägiger Verfasser: Henning Eichberg, Marc Schenke und Alfred Mechtersheimer dürfen auf einer „Querfront-Seite" nicht fehlen, war doch ihr politisches Handeln immer davon geleitet, ihre faschistoide Gesinnung hinter sozialdemagogischen und dem linksalternativen Mainstream angepassten Floskeln zu verstecken.



Alfred Mechtersheimer

Der permanente Bezug auf Punk-Texte auf der Homepage lässt sich mit dem eifrigen Engagement des Heidelbergers Erik Vogel, einem Anhänger der „Anarchistischen Pogopartei Deutschlands" (APPD) bei „Querfront" erklären. Das Engagement teilt Vogel mit seinem langjährigen Partei-Vorsitzenden Karl Nagel aus Hamburg, der sich am Ende seiner Punk-Karriere mit Neo-Nazis gemein tat. Als Verfasser von Texten bei „Querfront" taucht auch Peter Töpfer auf, der als Herausgeber der Zeitschrift „Sleipnir" und selbst ernannter Nationalanarchist bekannt geworden ist, auch weil er wegen Volksverhetzung rechtskräftig verurteilt wurde. Bei „Sleipnir" und auf der Homepage „Nationale Anarchisten" fanden Holocaust-Leugner im Namen der Meinungsfreiheit Unterstützung. Den nach außen hin vertraulich erscheinenden Briefverkehr zwischen Christian Worch und ihm stellte Töpfer ins Netz, um Gemeinsamkeiten

zwischen Anarchisten und Nationalsozialisten zu suggerieren. Ebenfalls in einem Briefverkehr forderte ein Vertreter des Anarcho-Magazins „Schwarzer Faden“ Töpfer dazu auf, das Etikette „Anarchist“ nicht länger zu mißbrauchen. Ein solches gerechtfertigtes Ansinnen interessiert Töpfer nicht, er hält an seinem Paradoxon mit der Absicht fest, das anarchistische Gedankengut um seine völkisch-nationalistische Variante zu erweitern und das Politikfeld „Anarchie“ mit seinen faschistoiden Ideen zu besetzen. Gegen solch politisches Unterfangen ist schwer anzukämpfen. Allein der Verweis auf die betrügerischen Absichten reicht nicht aus. Niemand kann den Nationalsozialisten Thomas Brehl mit seinem „Kampfbund deutscher Sozialisten“ (KDS) daran hindern, sein Publikationsorgan nach der bedeutsamsten antifaschistischen Zeitschrift, die zur Aufdeckung der Reichstagsbrand-Lüge der Nazis 1933 Entscheidendes beigetragen hat, den „Gegen-Angriff“ zu benennen und ins Netz zu stellen.

Neben Brehl gilt der ehemalige KPDler, Michael Koth als Mitbegründer des KDS. Koth ist nur einer aus der Riege der Renegaten. Einige 68er sind diesen Weg gegangen, manche aus Enttäuschung darüber, dass das revolutionäre Subjekt, „der Arbeiter“, keine Revolution vom Zaume gebrochen hat, andere, weil sie sich aus Gründen der Opportunität ein linkes Profil gaben. Langhans, Mahler, Maschke, Oberlercher, Olles sind die am häufigsten genannten Namen. Sie haben inzwischen Aufgaben als Ideologieproduzenten der Neo-Nazis wahrgenommen. Ideologischer Ausgangspunkt der „Querfront“-Internetseiten ist das Konstrukt der „Nation“. Nationalisierung bildet für die faschistoiden Zirkel das zentrale Ordnungsprinzip der menschlichen Gesellschaft mit dem Ziel der Etablierung ihrer eigenen Herrschaft über andere. Der Versuch des Einbruchs in das linke Milieu wird von dem Bemühen begleitet, die Geschichte der Emanzipation umzuschreiben, deren Kennzeichen die Auflösung von autoritären Herrschaftsstrukturen unzweifelhaft ein Erfolg der 68er war. Eine Hochburg emanzipatorischer Ideenproduktion war die Freie Universität in Berlin, auf ihre damaligen StudentInnen bezogen. Bemerkenswerterweise sind dort heute Kräfte am Werk, die eifrig am Aufbau einer „Querfrontstrategie“ basteln. Gemeint sind die Projekte „Kalaschnikow“, der dazugehörige „Philosophische Salon“, die Domain „rbi-aktuell“ sowie das Berliner Jugendradio-Projekt „Wellenreiter“, in denen Martin Mueller Mertens federführend tätig ist.

Milde Urteile

Prozess wegen Brandanschlags auf Moschee

Von David Janzen

In der Nacht vom 22. auf den 23. November letzten Jahres hatten Mitglieder der neofaschistischen „Okerfront“ gleich dreimal hintereinander versucht, eine Moschee in der niedersächsischen Kleinstadt Wolfenbüttel in Brand zu stecken. Insgesamt warfen die Täter 16 Molotow-Coktails auf das Gebäude. Die beiden ersten Versuche scheiterten, beim dritten explodierte einer der Brandsätze an einer Fensterbank des Zimmers, in dem die Familie des Moscheevorstehers schlief. Der Brand wurde glücklicherweise sofort entdeckt, so dass nur ein geringer Sachschaden entstand.

Am 26. März verurteilte das Landgericht Braunschweig 7 der insgesamt 8 Beteiligten zu (Jugend-)Strafen zwischen 2 Jahren und 3 Jahren und 6 Monaten. Bei drei der Angeklagten wurden die Strafen zur Bewährung ausgesetzt. Das Verfahren gegen die wegen Beihilfe angeklagte Schwester eines der Verurteilten war zuvor abgetrennt worden.

Die Anklage lautete auf „versuchte schwere Brandstiftung“ und „versuchten Mord“. Der Staatsanwalt hatte Haftstrafen bis zu 8 Jahren gefordert. Das Gericht sah eine Tötungsabsicht jedoch als nicht eindeutig bewiesen an. Zwar hatten zwei der Angeklagten eingeräumt, sie hätten gewusst, dass im Gebäude möglicherweise Menschen wohnten, dies sei, so das Gericht, aber durch Alkoholkonsum und die „Gruppendynamik“ verdrängt worden. Zu Gunsten der Angeklagten wurde deren „umfangreiches Geständnis“ und eine „verminderte Schuldfähigkeit“ durch Alkoholkonsum ausgelegt.

Die Angeklagten, die aus Wolfenbüttel, Braunschweig und Salzgitter kommen, lernten sich auf dem Pressefest der NPD im Frühjahr letzten Jahres im nahegelegenen Königslutter kennen. Zuvor hatten sie bereits mehrmals an rechten Aufmärschen teilgenommen. In Wolfenbüttel gründeten sie eine neofaschistische Skinheadgruppe, die „Okerfront Wolfenbüttel“. Einer der Wortführer der Gruppe, Patrick F., ist Mitglied in der NPD. Seine Mitangeklagten Daniel K. und Andre B. haben beide Aufnahmeanträge in die Partei gestellt.

Während drei der Angeklagten feist grinsend das Gericht verließen, wurden die milden Urteile von vielen Prozessbeobachtern und dem Anwalt der Nebenklage mit Empörung aufgenommen. Auch die Staatsanwaltschaft, die sich von dem Urteil eine „Signalwirkung“ erhofft hatte, kommentierte die Strafen als „zu mild“. Die Familie des Moscheevorstehers, die seit dem Anschlag in ständiger Angst lebt, will nun zurück in die Türkei. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Angeklagten habe in zwischen Revision gegen das Urteil eingelegt.

„Nation & Europa“ antisemitisch

In Heft 3/2002 der neofaschistischen Zeitschrift „Nation & Europa“ (N&E) behauptet Alfred Mechtersheimer unter dem Titel „Die Kolonie muß sich emanzipieren“, dass Deutschland und Japan „bis heute“ unter der „politischen Kontrolle“ der USA stünden. Es herrsche „im Grunde immer noch eine koloniale Abhängigkeit, wenn auch in subtiler Weise“. Obwohl „der jüdisch-israelische Einfluß in den Medien überhaupt nicht diskutiert wird“, wachse der „Unmut über die jüdische Lobby“. Laut Mechtersheimer sei „der allseits beklagte, wachsende Antisemitismus' in Deutschland [..] im Grunde ein Schritt zur Normalität.“ In einem nebenstehenden Schaubild wird der „Zentralrat der Juden in Deutschland“ als in den Medien „meistgenannte Organisation“ dargestellt. Dieser „privilegierte Zugang jüdischer Funktionäre zu den Medien“ sei „nach Auffassung kritischer Beobachter einer der Hauptgründe, weshalb in Deutschland eine unabhängige und ausgewogene Berichterstattung bei wichtigen Themen (Nahostpolitik, Zeitgeschichte) kaum noch möglich scheint.“

Antisemitismus bei „Attac“

Der bisherige Sprecher der Trierer „Attac“-Regionalgruppe Wolfgang Schmitt musste wegen antisemitischer Äußerungen von seinem Ehrenamt zurücktreten. Schmitt hatte bei einer öffentlichen Veranstaltung kritisiert, dass die Bundesregierung dem „Zentralrat der Juden in Deutschland“ drei Millionen Euro für die Förderung des Judentums in der Bundesrepublik zur Verfügung stellt. In einer Stellungnahme gegenüber „Attac“-Mitgliedern nannte Schmitt das Verhalten der Regierung gar „einen Kotau vor dem Zentralrat“. Dieser habe angesichts leerer Kassen nicht sein müssen.

Virtuelle Kopie

„Altermedia" ist eines der wenigen internationalen Web-Projekte von Neonazis aus den USA, Kanada, Frankreich, Belgien, Spanien, Rumänien, Kroatien sowie Griechenland.

Von Uwe Seher

In Gestaltung und Name lehnt es sich an das links-alternative und erfolgreiche „Indymedia"-Projekt an. Der Grund hierfür dürfte neben dem stetigen Abkupfern linker Projekte und Symbole auch in dem Niedergang des französischen „Indymedia"-Projekts im Juni letzten Jahres liegen. Nach einer antisemitischen Veröffentlichung und dem daraus folgenden Streit der ModeratorInnen, was nun antisemitisch sei, spaltete sich das Projekt und zerbrach letztendlich an der Auseinandersetzung. Diesen Prozess beobachteten die regionalen Neonazis. Am 28. Oktober letzten Jahres folgte die Registrierung der „altermedia"-Domain in den USA durch David Duke, einst „Großmeister" des „Ku-Klux-Klan". Nach Eigenangaben ist der Ursprung aber in Belgien wie auch Frankreich zu finden. So liegen denn auch die physischen Daten der Website auf einem Rechner, der auf den Führer der belgischen „Mouvement pour la Nation", Herve Van Laethem, registriert ist. Das politische Selbstverständnis basiert auf dem antisemitischen und weltverschwörerischen Glauben, dass die „offiziellen Medien" in den Händen von „Finanzgruppen" liegen würden, welche „uns mehr oder weniger offensichtlich ihre Ansichten aufdrängen wollen". Dementsprechend wollten sie „versuchen, Tatsachen zu analysieren, welche die ‚Kehrseite der Medaille' frei von ideologischer Voreingenommenheit zeigen". Wer die „unterschiedlichen politischen Gruppen" sind, aus denen „altermedia" hervorgegangen sein will, wird nicht erklärt. Für den deutschen Bereich hat sich das „Störtebeker"-Netz Axel Möllers bereit gefunden. Der Stralsunder selbst hatte offensichtlich erst durch einen Bericht auf „Indymedia" von „altermedia" erfahren, denn am folgenden Tag tauchte erstmalig ein Kommentar über „altermedia" im „Störtebeker"-Netz auf. In diesem wurde behauptet, dass sich eine Teilnahme an „altermedia" lohne, welche seit dem 19. Januar diesen Jahres auch praktisiert wird. Nun werden alle Texte täglich von der „Störtebeker"-Site zu „altermedia" herüberkopiert. Die „Kehrseite der Medaille" ist die kommentierte Version von Meldungen aus der verhassten „bürgerlichen Medienwelt" durch Möller bzw. die Veröffentlichung „schmutziger Wäsche" der Neonazis. Ingesamt dient „altermedia" nur der Propagandaartikulation der Macher - eine direkte Beteiligung, wie dies bei „Indymedia" möglich ist (moderiertes Open Posting), ist nicht erwünscht. Das Niveau dieser deutschen Internetpräsentation darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass im August letzten Jahres David Duke Redner auf dem „NPD-Pressefest" in Königslutter und Herve van Laethem Teilnehmer der NPD-„Sommeruniversität" im Saarland war. Andererseits ist festzustellen, dass kaum Verweise auf „altermedia" bei anderen neonazistischen deutschen Websites vorhanden sind, stattdessen aber bei der „Christlichen Studentenverbindung Unitas Hildburghausen zu Wuppertal im TCV".

Shell-Studie als Forum für Neonazi

Die 14. „Shell-Jugendstudie" aus dem letzten Jahr stützte ihre repräsentativen Ergebnisse auf die Befragung von 2.515 Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren. Warum sich Jugendliche politisch engagieren, dieser Frage gingen die Wissenschaftler um Dr. Klaus Hurrelmann exemplarisch anhand von 20 ausgewählten Portraits nach.

Von Andrea Röpke

„Die Bandbreite der präsentierten Aktivitäten reicht von einer engen Anbindung an etablierte politische Strukturen bis zum reinen Internetengagement", heißt es in der Studie.

So engagiert sich Robert R., 21 Jahre, für „eine nationale Wende, u.a. im Störtebeker-Netz", heißt es auf Seite 332 lapidar. Unter der Überschrift „Wenn man eine Überzeugung hat, ist das die Hauptsache" entspinnt sich auf etwa zehn weiteren Seiten das gefährliche Weltbild des Rechtsextremen Robert Rupprecht aus Stralsund. Unkommentiert darf der wegen Körperverletzung vorbestrafte Neonazi sein „ideales politisches System" feiern: das des Dritten Reiches. In der einleitenden Zusammenfassung der Studie heißt es: „Seine heutigen politischen Aktivitäten sind das Schreiben für die Internet-Zeitschrift „Störtebeker-Netz" und die Briefpartnerschaften der HNG. Weiterhin ist davon auszugehen, dass er Demonstrationen und andere Aktionen organisiert." Dann kommt Robert R. direkt zu Wort: „Im Prinzip ist das Störtebeker-Netz die einzige politische Aktivität, die wirklich Sinn macht. [...] Außerdem bin ich in der „Hilfsgemeinschaft nationaler Gefangener" (HNG). Die haben mich während meiner Haftzeit damals betreut, also mach ich das auch. [...] Demokratie ist nun mal ziemlich schwer. Ich bevorzuge im Prinzip auch eine Staatsform, wie wir sie im Dritten Reich hatten. Da gab es große Staatsmänner, die waren nicht korrupt, die haben die deutsche Volksgemeinschaft zusammengeschweißt. [...] Die zwölf Jahre des Nationalsozialismus waren aus meiner Sicht die beste Zeit, die es in Deutschland je gegeben hat".

Neben dem Rechtsextremen Robert R. werden Portraits von „Greenpeace"-Aktivisten, Jungunternehmern, „Attac"-Anhängern und Internet-Freaks vorgestellt. Die „Bundeszentrale für Politische Bildung" vertreibt die „Shell-Jugendstudie". Ob deren Leser die Gefährlichkeit verfassungsfeindlicher und antidemokratischer Organisationen wie der „HNG" oder des „Störtebeker-Netzes" ohne weitere Hinweise der Autoren erkennen oder richtig einschätzen können, bleibt ihnen überlassen. Der Stralsunder Neonazi jedenfalls kann seine braune Ideologie mit staatlicher Unterstützung weiterverbreiten und seine besonders harten Sprüche sind in kursiv gesetzt.

Earth First von Rechts besetzen?

Die „Zeitschrift für nationale Identität - wir selbst" setzte von Anbeginn auf den Versuch einer Querfront-Strategie.

Von Ilsa Gauss

Die Zeitschrift wurde Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre unter anderem auch erfolgreich auf Demonstrationen der politisch indifferenten Friedens- und Ökologiebewegung verkauft. Doch zunehmende Sensibilisierung gegenüber den rechten Anknüpfungsversuchen machte es den Verkäufern schließlich schwer, ihr Elaborat in diesen sozialen Bewegungen abzusetzen. Trotz allem hat „wir selbst" über die Jahre nicht aufgegeben, eine Querfront herbei zu schreiben. Jüngster Versuch ist der Vorschlag zur Unterwanderung der radikal ökologischen Gruppe „Earth First" (EF) in der Ausgabe 1/2002.

Die 1979 in den USA gegründete Organisation ist dem tiefenökologischen Ansatz des norwegischen Philosophen Arne Naess verpflichtet. Die Lehre von einer ganzheitlichen Ökologie spricht allem Leben einen intrinsischen Wert zu und setzt sich für eine „biosphärische Gleichheit" ein. Implizit ist der Tiefenökologie der deutliche Hang zur Naturmystik. In Deutschland wandten sich Anfang der 1990er Jahre vor allem radikale Tier- und Umweltschützer der „Erdbefreiungsorganisation" zu, die an bestehenden Gruppen deren Anthropozentrismus kritisierten. Hinzu kam der Nimbus der direkten Aktion, der die Gruppe umgibt. Anders als in den USA allerdings standen die deutschen EF-Anhänger der Naturmystik der Tiefenökologie als auch der Organisation skeptisch gegenüber. Die Anzahl der in Deutschland aktiven EF-Gruppen ist in den letzten Jahren allerdings deutlich zurück gegangen. Häufig dient das Logo der Gruppe nur noch als Ausschmückung, während die Aktivisten anderweitig organisiert sind.

Der Verfasser des Artikel in der „wir Selbst", Leif-Thorsten Kramps aus Hagen, ist Herausgeber des Din-A5-Heftchens „Stachelbeere. Rundbrief für Bioregionalismus, heimische Naturreligion und Fundamentalökologie" mit einer Auflage von wohl kaum mehr als 100 Exemplaren. Zudem ist er aktiv für den öffentlich wenig in Erscheinung tretenden „Arbeitskreis Bioregionalismus Sauerland". In seinem Artikel „Earth First! Kompromißlos für Mutter Erde" postuliert er, dass sich in jüngster Zeit „innerhalb der bundesdeutschen Neuheiden/-innen-Szene ein verstärktes Interesse an den Themen Tiefenökologie, Bioregionalismus und Erdbefreiung beobachten" läßt. Er hofft, dass diese sich alsbald anschicken, sich gegen die Natur- und Landschaftszerstörung einzusetzen. „Schließlich bildet die heimische Natur die Grundlage jeder heidnischen Religiosität". Mit dem Verweis auf „kultische Maskenkriegerverbünde" wie die „Berserker", „Werwölfe" oder „Werwildschweine" stellt er in Aussicht, dass „wir (vielleicht) demnächst eine Wiedergeburt dieser antiken Kriegerkultur in Form heidnischer Ökologiekrieger/-innen wieder(erleben)". Dabei kann er sich vorstellen, dass dieses „grüne Berserkertum unter der Fahne von EARTH FIRST" agieren wird. Allerdings kritisiert Kramps bei den deutschen EF-Anhängern ihre mangelnde „Spiritualität" und dass diese „eine ausgeprägte linksdoktrinäre Gesinnung" aufweisen, „die man in diesen Kreisen nur allzugern als 'antifaschistisch' verklärt". Aber, so schreibt er abschließend, „da es sich (bei EF) um keinen eingetragenen Verein mit offiziellen Mitgliedschaften handelt, können die bereits bestehenden bundesdeutschen EARTH FIRST! Gruppen dies (die Gründung eigener Gruppen, Anm. d. Autorin) auch nicht verhindern."



„Der Holocaust auf deinem Teller"

Die Bilder der virtuellen Dokumentation „masskilling" erschüttern. Verängstigte Menschen, ausgehungert und zusammengedrängt in mehrstöckigen Holzbetten, schauen den Betrachter an. Daneben blicken einen verschüchterte Hühner, krank aussehend und in winzige Käfige eingepfercht, an. Zwei Fotografien die für PETA „the modern-day Holocaust" widerspiegeln.

Von Andreas Speit



PETA-Werbeplakat

Seit Jahren versucht „People for Ethical Treatment of Animals" (PETA) durch spektakuläre Aktionen mit prominenten Models und „important persons" - mal nackt, mal bekleidet, jedoch immer ohne Pelz und Leder - für Publicity zu sorgen, um den Schutz und die Rechte von Tieren zu erstreiten. Nun bemüht sich die laut eigener Angaben mit über 700.000 Mitgliedern weltweit größte Tierrechtsorganisation durch Instrumentalisierung

der Opfer des Holocaust ihre Interessen im Namen der Tiere voranzutreiben. Unter dem Titel „The Holocaust on your Plate“ präsentieren sie mehrere Fotokombinationen, in denen die Holocaust-Opfer mit in Schlachthäusern getöteten Tieren verglichen werden. So steht einem Leichenberg aus ermordeten KZ-Häftlingen die Aufnahme eines Bergs toter Schweine gegenüber. Oder neben dem Bild eines abgemagerten Gefangenen wird die Aufnahme eines ausgezehrten Tieres gezeigt. Die suggerierte Message wird durch Kommentare konkretisiert: „Während der sieben Jahren zwischen 1938 und 1945 wurden 12 Millionen Menschen im Holocaust ermordet. Die gleiche Anzahl von Tieren wird alleine in den USA alle vier Stunden für die Produktion von Nahrung getötet“.

Die Kritik ahnend zitiert PETA, dessen deutscher Ableger in Stuttgart ansässig ist, prominente Literaten und Philosophen, wie Isaac Bashivis Singer mit der Formulierung, „in Bezug auf Tiere sind alle Menschen Nazis, für (die Tiere) ist es ein ewiges Treblinka“ und Theodor W. Adornos Kritik, „Auschwitz beginnt dort, wo immer jemand auf ein Schlachthaus schaut und denkt ‚Es sind nur Tiere‘“. Der Kontext bleibt unerwähnt, dafür hebt PETA quasi als weiteres Alibi hervor, dass Adorno Jude gewesen ist.

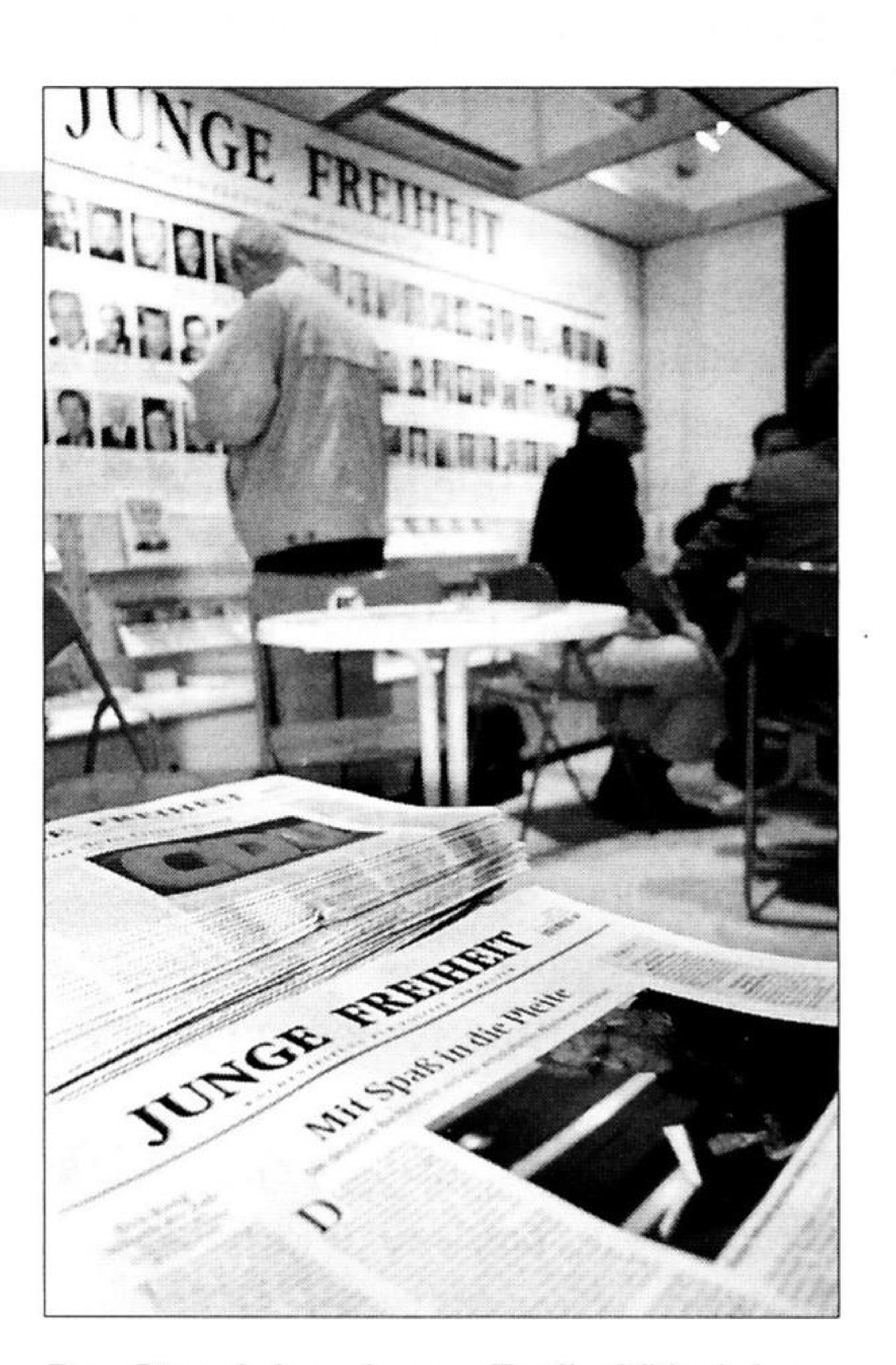
Die Instrumentalisierung des Holocaust ist schon längst für die Tierrechtsbewegung kein Tabu mehr. Auch PETA trivialisierte und relativierte mit ihrer Argumentation bereits den Holocaust. Im Frühjahr 2000 hatte die Organisation den Vatikan gebeten, „Tiere in das historische Schuldbekenntnis als achten Punkt aufzunehmen und sich öffentlich auch für den Holocaust, begangen an Milliarden von unschuldigen Tieren zu entschuldigen“. Denn schon „während der Inquisition (wurden) Katzen erhängt“.

Anti-Antifa-Kettenhunde

Einen Schwerpunkt nimmt in den letzten Wochen in der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) die Anti-Antifa-Berichterstattung ein.

Von Alfred Bornheimer

JF-Chefredakteur Dieter Stein, Ex-Vorsitzender des rechtsextremen „Republikanischen Hochschulverbandes“ (RHV) im badischen Freiburg, hat der „Antifa-SA“ den Kampf angesagt. Ausgetragen wird dieser federführend von den Anti-Antifa-Kettenhunden Manuel Ochsenreiter und Claus-M. Wolfschlag. Ochsenreiter und Wolfschlag zählen seit Jahren zur Kernmannschaft der „Jungen Freiheit“. Burschenschafter Ochsenreiter war einst Mitglied der bayrischen „Schüler Union“, der SchülerInnenorganisation der Unionsparteien. Für seine Abi-Facharbeit „Die Bedeutung des Sudetenlandes und des Protektorats Böhmen und Mähren für das Deutsche Reich ab 1938 am Beispiel der Stahlindustrie“ (1995) wurde für ihn per Hinweis des Rechtsextremen Hans-Ulrich Kopp im „Witiko-Brief“ Material gesucht. 1996 und 1997 engagierte sich Ochsenreiter als stellvertretender Landesvorsitzender des „Christlich-Konservativen Deutschland-Forums“ (CKDF) Bayern/ Baden-Württemberg. 2001 kandidierte er für die ultrarechte „Volkspartei“ „FUN“ („Freiheitlich, Unabhängig, National“) unter seinem Pseudonym „Caligula“ als Internetkanzler. Zum Internet hielt Ochsenreiter bei der 2. Sommerakademie des extrem rechten „Instituts für Staatspolitik“ fest, „daß es sich als Begleitmedium etabliert habe und vor allem die Isolationsfurcht der Diskussionsteilnehmer gemindert habe.“ Das bayrische Landesamt für Verfassungsschutz bescheinigt Wolfschlag, dass dieser „zur Verharmlosung des Rechtsextremismus“ tendiere. Wolfschlag ist Autor des denunziatorischen Buches „Das antifaschistische Milieu - vom Schwarzen Block zur Lichterkette - Die politische Repression gegen ‚Rechtsextremismus‘ in der Bundesrepublik Deutschland“. Das Anti-Antifa-Machwerk wurde 2001 von Hans-Helmuth Knütter und Manfred Funke als Dissertation angenommen. Seine publizistischen Erstversuche machte Wolfschlag Ende der 1980er Jahre in der Zeitschrift „Europa“, dem Organ des NPD-nahen „Nationaleuropäischen Jugendwerkes“. Heute ist er im deutsch-sprachigen Raum einer der gefragtesten Vielschreiber in ultrarechten und rechtsextremen Gazetten. Akademische Schützenhilfe im Anti-Antifa-Kampf der JF liefert Manfred Funke, Politologe am Seminar für politische Wissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Der Totalitarismusforscher Funke wertet in der „Jungen Freiheit“ die „antifaschistische Sprache“ (was soll das denn sein?) als „Neuauflage des totalitären Repressionsjargons politischer Psychiatrie“. Ganz im Jargon von Verschwörungstheoretikern sieht Funke die PDS an der Spitze des „Kampfes gegen Rechts“. Diese mache sich zum „Organisator eines Heerlagers ideologisch Versprengter“, zu der sich „Gewerkschafter, Kirchenleute, Gutmenschen und Intellektuelle“ gesellen. Seine wissenschaftlichen Erkenntnisse scheint Funke aus dem „Handbuch des Links-Extremismus“ zu beziehen. Herausgeber des „Handbuches“ sind Hans-Helmuth Knütter, bis zu seiner Emeritierung ebenfalls Politologe am Seminar für politische Wissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, und Stefan Winckler. Knütter, ein beliebter Kampfredner in rechtsextremen Kreisen, hetzte im April 2001 vor



Der Stand der „Junge Freiheit“ bei der Buchmesse 2002 in Frankfurt

350 ZuhörerInnen auf einer Tagung der rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik“: „Diese jüngeren Leute werden sich, wie Jüngere das tun können, mit persönlichem, mit körperlichem Einsatz für die Durchsetzung der politischen Ziele einsetzen, und das ist gut, das ist hervorragend. Die Älteren können aber auch etwas tun. Man wird auch den hier Anwesenden aufgrund des Alters wohl kaum zumuten können, sich an Saalschlachten und Straßenkämpfen zu beteiligen. Aber was sie tun können, ist natürlich: Geld sammeln, Aktionen ermöglichen.“ Mit diesem Aufruf, der an Deutlichkeit kaum zu überbieten ist, stellt sich Knütter außerhalb des demokratischen Verfassungsbogens. Kein Problem für Funke, der im Frühjahr Knütters „Handbuch“ positiv in der Zeitung „Das Parlament“, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, rezensierte.

Draußen vor der Tür

Ausstellung zur Geschichte der Marburger Korporationen

In zahlreichen Hochschulstädten haben sich Studentenverbindungen in Ortskartellen, so genannten Korporationsringen oder örtlichen Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen, um gemeinsame Interessen vor Ort zu vertreten. Neben der Koordination der Öffentlichkeitsarbeit und der Organisation von Veranstaltungen und Festivitäten ist man mancherorts auch hochschulpolitisch aktiv, etwa mittels interkorporativer Listen bei den Wahlen zu den Studierendenparlamenten.

Von Alexandra Kurth



Burschenschaft „Rheinfranken" beim Marburger „Marktfrühschoppen"

Auch in der Verbindungshochburg Marburg existierte jahrelang solch eine „korporative Solidargemeinschaft", welche laut Gerhard Serges, Alter Herr im „Bund Deutscher Ingenieur Corporationen" (BDIC) und stellvertretender Vorsitzender des „Convent Deutscher Akademikerverbände" (CDA) „Charakterfestigkeit" demonstriere und „Gegnern wenig Angriffsfläche" biete. Die Realität sieht bisweilen anders aus. So wurde unlängst der Unternehmungsgeist des Mitte der 1990er Jahre an internen Zwistigkeiten zerbrochenen, jedoch im vergangenen Jahr reaktivierten „Marburger Korporationsrings" (MKR) empfindlich gedämpft.

Da die studentischen Verbindungen zu den offiziellen Feiern anlässlich des 475-Jährigen Bestehens der Marburger Universität „explizit nicht eingeladen" worden waren, organisierte der MKR Ende 2002 etwas pikiert einen eigenen Festkommers. Hauptredner war der Staatssekretär im „Hessischen Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten", Frank Gotthardt (CDU), der pflichtbewusst die „naturgemäß" untrennbare Verbindung der Studentenverbindungen mit Stadt und Universität betonte und das Fehlen einer offiziellen Einladung seitens der Universität sowie die angeblich zunehmende Verdrängung der Korporationen aus Stadt und Universität bedauerte. Derartig Bauch gepinselt ließ sich die selbst ernannte korporierte Elite nicht lumpen und kündigte weitere Aktivitäten für das Jahr nach dem Universitätsjubiläum an: neben einer Spendensammlung zur Restaurierung des ehemaligen universitären Karzers sei eine Ausstellung zur Geschichte der Marburger Korporationen im Rathaus der Stadt geplant.

In der Folge erfuhr die erstaunte Öffentlichkeit, dass Oberbürgermeister Dietrich Möller (CDU) dem MKR den städtischen Ausstellungsraum bereits zugesagt hatte, was wiederum die rot-grüne Mehrheit im Stadtparlament verärgerte. Die Fraktionen von SPD, „Bündnis 90/ Die Grünen" und PDS/ „Marburger Linke" verabschiedeten deshalb im Dezember 2002 einen Antrag, mit dem sie den Magistrat aufforderten, für die Einhaltung bestimmter Standards Sorge zu tragen. Wenn die Ausstellung im Rathaus gezeigt werden solle, müsse sie „wissenschaftlichen Kriterien" genügen, wofür auch eine kritische und differenzierte Darstellung der „heiklen Kapitel der Geschichte des studentischen Verbindungswesens" notwendig sei. Hierzu gehörten neben der Darstellung von Antisemitismus, Nationalismus und Militarismus insbesondere die Morde in Mechterstädt (wo Marburger Verbindungsstudenten 1920 fünfzehn Arbeiter erschossen hatten), die korporationsstudentische Gegnerschaft zur Demokratie der Weimarer Republik, das Verhältnis zum Nationalsozialismus, völkisches Denken und die Bezüge zum Rechtsextremismus in der Gegenwart sowie das „problematische Frauenbild". Außerdem müsse „Anhängern und Kritikern des studentischen Verbindungswesens gleichermaßen in öffentlichen Veranstaltungen die Möglichkeit gegeben" werden „der Marburger Öffentlichkeit ihre Argumente umfassend darzulegen."

Seither ist unklar, ob und wenn ja, wann und wo die Ausstellung stattfinden kann. Die ursprüngliche Strategie des MKR-Vorsitzenden Slava Anissimow von der „Akademischen Turnverbindung Marburg", den explizit unpolitischen Charakter des interkorporativen Zusammenschlusses und damit auch der Ausstellung zu betonen, kann mittlerweile als gescheitert gelten, weil diese Argumentation selbst den Fraktionen von CDU, FDP und „Freier Wählervereinigung" nicht einleuchtete. Erschwerend kam hinzu, dass die meisten der dreizehn Mitgliedsbünde des MKR die 1996

Erika Steinbach bei Marburger „Rheinfranken"

Am 25. Februar diesen Jahres referierte die CDU-Bundestagsabgeordnete und Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen" (BdV), Erika Steinbach, in Marburg. Eingeladen hatte die extrem rechte Burschenschaft „Rheinfranken" zum Thema: „Warum Deutschland ein Zentrum gegen Vertreibung braucht".
Dabei bezeichnete Steinbach laut Website der „Rheinfranken" die Haltung der Bundesregierung gegenüber einem solchen Zentrum als „im Augenblick abwartend, aber nicht ablehnend". Das Zentrum solle „vor allem helfen, die kulturelle Vielfalt der vertriebenen deutschen Volksgruppen (zu) bewahren [...] und natürlich die Greuel der Vertreibung von 15. Mio. Deutschen dokumentieren". Steinbach lobte in ihrer Rede auch die angebliche Rolle der Burschenschaften für die demokratische Entwicklung in Vergangenheit und Gegenwart. Bei den „Rheinfranken" gibt es jedoch nichts zu loben: Die Verbindung, die zum Dachverband der „Deutschen Burschenschaft" (DB) gehört, agiert im extrem rechten Spektrum. So traten dort bereits Personen wie z.B. Horst Mahler oder Franz Schönhuber als Redner auf.



Erika Steinbach

verabschiedete „Marburger Erklärung", in dem sich eine Minderheit der örtlichen dreißig Studentenverbindungen vom Extremismus distanziert hatte, nicht unterschrieben haben. Mit Ausnahme der Corps, die 2001 prinzipiell ihre Zusammenarbeit mit den als rechtsextrem charakterisierten Mitgliedsbünden der „Deutschen Burschenschaft" (DB) aufgekündigt hatten, und den katholischen Studentenverbindungen, von denen sich zwei an der Ausstellung beteiligen, gehören dem MKR Mitglieder der Mehrheit der in Marburg vertretenen Dachverbände an: hierzu zählen neben der DB und der „Neuen Deutschen Burschenschaft" unter anderem der „Coburger Convent", der „Sondershäuser Verband der akademisch-muskalischen Verbindungen", der „Wingolfsbund" und der „Verband der Vereine Deutscher Studenten.

Seitdem bekannt wurde, dass mit der „technischen Vorbereitung" der Ausstellung Wolfgang Hanagarth beauftragt worden ist, mehren sich in Marburg die Befürchtungen, das Rathaus könne für rechtsextreme Propaganda benutzt werden. Hanagarth, Mitglied der „Deutsche Hochschulgilde Westmark zu Karlsruhe" in der „Deutschen Gildenschaft" sowie der „Marburger Burschenschaft Rheinfranken", war unter anderem als Mitinitiator der „Karlsruher Freitagsgespräche" in die Schlagzeilen geraten, zu denen regelmäßig rechtsextreme Referenten eingeladen worden waren. Bis 1999 betreute er als Webmaster die Internetpräsentation des „Studienzentrums Weikersheim", von der er jedoch entbunden wurde, weil er Links zu rechtsradikalen Internetseiten eingerichtet haben soll. Wie unter derlei Voraussetzungen der Beschluss der Marburger Stadtverordnetenversammlung umgesetzt werden kann, bleibt eine spannende Frage.

Braun-grünes Vermächtnis

Das „Vermächtnis von Herbert Gruhl" soll den Unterstützern der Gesellschaft „am Herzen liegen". Arnulf Baring ist einer der Freunde. „Kaum etwas hat mich in den letzen Jahren so tief und anhaltend bewegt", berichtet der rechtskonservative Historiker, „wie ein Gespräch mit Herbert Gruhl kurz vor seinem Tod". Ein weiterer Freund ist Franz Alt. „Herbert Gruhl war ein begnadeter Vordenker", betont der Fernsehjournalist: „Dank Herbert Gruhl weiß ich heute, daß die Ökologie das Kernthema aller Politik und Wirtschaft im 21. Jahrhundert sein wird".

Von Janine Clausen & Andreas Speit

Seit Jahren bemüht sich die „Herbert Gruhl Gesellschaft" (HGG), mit Sitz in Hannover, renommierte Politiker und engagierte Ökologen für die „Förderung und Verbreitung des Gedankenguts Herbert Gruhls" zu gewinnen. Im Dezember 1999 gründeten Heinz-Siegfried Strelow, Volker Kempf und Andreas Gruhl die „wissenschaftliche Vereinigung" um den „naturkonservativen Ansatz weiterzuentwickeln. Als Gruhl 1993 einem Magenkrebsleiden erlag, übernahm sein ältester Sohn seinen Nachlass und dürfte die Gründung der Gesellschaft vorangetrieben haben. Zu den Freunden zählen auch Baldur Springmann, dessen politische Karriere über die „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD) zu den „Unabhängigen Ökologen Deutschlands" (UÖD) führte, oder Christa Meves, die früher bei der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" auftrat und heute bei der „Vereinigung Lebensrecht" mitwirkt. Beide veröffentlichten, wie Alt und Baring, in dem von Strelow und Kempf herausgegebenen Jahrbuch der HGG „Naturkonservativ heute".

Getreu der Satzung, über Gruhls „Erkenntnisse (über) den Einfluß von Bevölkerungsdichte und zivilisatorischen Ansprüchen" zu informieren, rezitiert Strelow auf der Website aus Gruhls „Himmelfahrt ins Nichts". Angesichts von „Bevölkerungsexplosion, ungebremstem Ressourcenverbrauch und globaler Ausbreitung der ‚multikulturellen' Industriegesellschaft", so der erste Vorsitzende der Gesellschaft mit den Worten Gruhls, sei das „Ende unabwendbar": „Die Vereinheitlichung der Welt ist ein Meilenstein zu ihrem Ende [...] So wie die technische Zivilisation absolut einmalig in der Geschichte des Menschen ist, so einzigartig wird auch ihr Ende sein". Die „Grenzen der natürlichen Räume (seien) infolge der Menschenmassen weit überschritten". Unerwähnt lässt Strelow, der für die „Junge Freiheit" und „Criticón" schrieb, dass Gruhl im Kampf für die Umwelt gegen die „Masse der Menschen in den Entwicklungsländern" sich vorstellen konnte, die Atombombe einzusetzen.

Bereits Anfang 1990 hielt Strelow, wohnhaft in Hannover, Gruhl die Treue. Als Gruhl die von ihm gegründete „Ökologisch Demokratische Partei" (ÖDP) verließ, weil die Partei eine enge Zusammenarbeit mit „rechtsextremen Parteien" ablehnte, ging Strelow ebenso. Kaum hatte Gruhl 1991 die UÖD mitentwickelt, übernahm Strelow den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden. Um sich ganz der Gesellschaft zu widmen, verzichtete Strelow 2001 auf die Wiederwahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der rechtesten Ökopartei der Bundesrepublik.

Bei der HGG werden ähnliche Positionen, aber nicht im aggressivrassistischen Duktus wie bei der UÖD vorgetragen. Unter dem Begriff „ökologischer Lebensschutz" führt Siegfried Kilchberg für die UÖD aus, „solange sich die Staaten der 3. Welt" nicht bereit erklären, die ökologischen Grundlagen des Planeten zu schützen [...] ist jede Entwicklungshilfe absoluter Wahnsinn" und „wenn wir einige Hunderttausend Wirtschaftsflüchtlinge bei uns aufnehmen, ändern wir nichts am ökologischen Holocaust in anderen Erdteilen, belasten aber unnötig unsere bereits überstrapazierte Heimatnatur". Moderater erklärt der stellvertretende Vorsitzende der HGG, Kempf: „Wir sind nicht gegen Einwanderung, sondern dagegen, dass diese die Abwanderung übersteigt". Die Gesellschaft „mahnt" denn auch „zur Zurückhaltung bei der Zuwanderung". Einwanderung und Deutschkurse würden wenig helfen. Noch „fragwürdiger (seien) Daueraufenthaltsgenehmigungen für hochqualifizierte Ausländer".

Neben Symposien und Seminaren bemüht sich die HGG mit „Naturkonservativ heute" Menschen zu verbinden, die sich Gruhl „weltanschaulich verbunden fühlen". Der

Begriff „naturkonservativ“ steht laut Gruhl für die „Umkehr zu traditionellen Werten wie Familie und Heimat“. Kempf erläutert weiter, dass „'Natur bewahren' ein konservatives Anliegen ist [...] Das muss man heute um so mehr betonen, als sich die Neue Linke das Ökologiethema [...] aneignete und erfolgreich für ihren antikapitalistischen Kampf instrumentalisierte“. Und ohne Gruhls Rausdrängen bei den „Grünen“ zu erwähnen, greift er die Auseindersetzung auf: „Ökologische Zusammenhänge, die in das neomarxistsiche Weltbild nicht hineinpassten, wurden in den folgenden Jahren [...] tabuisiert“.

Diesem „Trend der ‚ökologischen' Linken“ sei auch die ÖDP gefolgt, meint Kempf. „Darunter hat das innerparteiliche geistige Klima gelitten. Für einen Freigeist wie Gruhl war da bald kein Platz mehr“. Ausführlicher wird der Soziologe aus Düsseldorf in „Naturkonservativ heute“ in der Rezension zu „20 Jahre ÖDP – Anfang, Gegenwart und Perspektive ökologisch-demokratischer Politik“, als er kritisiert, dass „Thomas Lotz undurchdacht daher (kommt), wenn er einen Handschlag mit der Antifa feilbietet, [...] mit deren Hilfe (er) die letzten Reste von ‚Blut und Boden' (aus der ÖDP) vertrieben habe. Etwas mehr Mut, ohne moralisch auferlegte Denkverbote [...] wäre hier wünschenswert gewesen“.

Die barsche Kritik hält HGG und ÖDP aber nicht auf unüberwindbare Distanz. Auf der Mitgliederversammlung 2002 beschloss die HGG eine „gegenseitige korporative Mitgliedschaft“ mit der ÖDP-nahen „Stiftung für Ökologie und Demokratie“. Schon 2001 hatte die Gesellschaft mit der Stiftung eine Tagung anläßlich des 80. Geburtstag Gruhls durchgeführt. Der Stiftungs-Vorsitzende Hans-Joachim Ritter, welcher 1989 den ÖDP-Vorsitz von Gruhl übernahm, betonte die „herrschende Übereinstimmung [...] dass Herbert Gruhl mit seiner Natur- und Heimatliebe ‚urkonservative Forderungen' vertreten habe“.

Während der Tagung in Königswinter verlieh die Gesellschaft den HGG-Preis an Friedhelm Farthmann. Der frühere SPD-Fraktionschef Nordrhein-Westfalens wetterte in seiner Danksagung über „Konsum“ und „Einwanderung“. Beides würde zu weiteren Umweltbelastungen führen.



Hermann Löhns Gedenkfeier 1994
rechts: Heinz-Siegfried Strelow

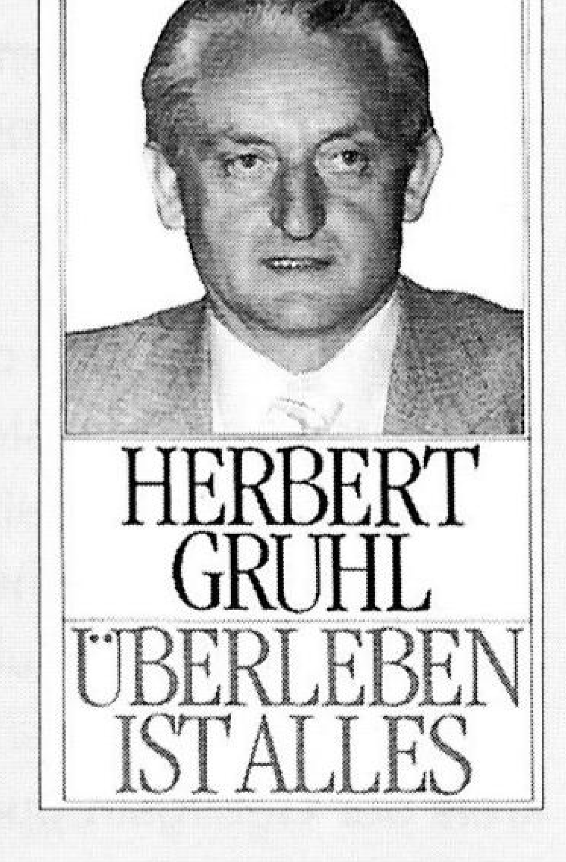
Auch bei den Grünen stoßen die Positionen des Gündungsmitglieds Gruhl nicht nur auf Ablehnung. „Tatsächlich schmerzt es oft“, klagt Rheinhard Loske in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 30.Dezember.2002, „wie wenig grundsätzlich die Fragen der Ökologie bei den Grünen noch diskutiert werden. Wo früher Herbert Gruhl Verzicht und Maßhaltung empfahl“, schimpft der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion und Mitglied im Parteirat, „ruft heute Claudia Roth zum freudigen vorweihnachtlichen Konsum auf“.

Diese Entwicklungen dürften den „gebremsten Optimismus“ Andreas Gruhls bestärken. „Der Kampf muß weitergehen“, betont der junge Gruhl, „egal wie weit der Abgrund noch entfernt sein mag, und jeder noch so kleine Beitrag dafür ist wichtig“.

„Die Natur erzwingt ...“

Von Janine Clausen & Andreas Speit

Die Publikation „Ein Planet wird geplündert“ ist ein Bestseller. In dem Werk formulierte Herbert Gruhl 1975 aus rechts-konservativer Perspektive eine Kritik am vorherrschenden ökologischen Bewußtsein. In den darauf folgenden Jahren wurde der damalige Vorsitzende der „Arbeitsgruppe Umweltvorsorge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Galionsfigur einer konservativen Ökologiebewegung. Von 1975 bis 1977 stand der 1921 geborene Politiker dem „Bund für Natur und Umweltschutz Deutschland“ (BUND) vor. 1978 brach Gruhl mit der CDU und dem BUND und baute die „Grüne Aktion Zukunft“ (GAZ) aus. Die GAZ war sowohl mit wertkonservativen Zirkeln, als auch mit der grünalternativen Bewegung verwoben. 1979 schloß sie sich der entstehenden Partei „Die Grünen“ an. Zur Europawahl 1979 waren Petra Kelly und Gruhl deren Spitzenkandidaten. Für kurze Zeit übernahm Gruhl den kommissarischen Bundesvorsitz. Nach Machtkämpfen verließ er 1981 die Grünen. Getreu seiner politischen Positionen gründete er mit verschiedenen Personen der Extremen Rechten 1982 die „Ökologisch Demokratische Partei“ (ÖDP). Franz Schönhuber erinnert sich in der „Deutschen Nationalzeitung“ an ihn als „einen Idealisten“ und „Patrioten“, „der es ernst meinte mit der Ökologie“ und „in der Wahrung nationaler Interessen keinen Konflikt mit den globalen Herausforderungen sah“. Wir diskutierten einst mehrere Stunden über eine Zusammenarbeit mit meiner damaligen Partei, den Republikanern. Sie scheiterte, obwohl wir beide in Fragen der Kernkraft [...] und auch hinsichtlich Geschwindigkeitsbegrenzungen einer Meinung waren. Er glaubte jedoch [...] meine Parteifreunde könnten mit der Ökologie wenig anfangen“. Solche extrem rechten Kontakte, aber auch die ökofaschistischen Positionen Gruhls führten in der ÖDP nach Jahren der Akzeptanz zum Disput. 1990 verließ er die Partei und beteiligte sich mit weiteren Ex-ÖDPlern an der Gründung der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“. 1991 erhielt er von der niedersächsischen Umweltministerin Monika Griefahn das Bundesverdienstkreuz, trotz Ausführungen wie: „Das ‚soziale Netz' fängt auch noch den auf, der seine Lage selbst verschuldet hat. Darin liegt die große Verführung; alle wiegen sich in einer Sicherheit, die ganz und gar unnatürlich ist [...]. Die Natur erzwingt die disziplinierte Einhaltung ihrer Gesetze“. Sein letztes Buch „Himmelfahrt ins Nichts“ von 1992 fand großen Widerhall.



Von Verbrechen und Verbrechern

Öffentliche Enthüllungen über die Vergangenheit der Gebirgstruppe

Es besteht die Chance, erstmals deutsche Wehrmachtsverbrecher vor ein deutsches Gericht zu bringen und wohl zum letzten Mal einen größeren Prozess zu NS-Verbrechen mit vielen Angeklagten zu führen.

Von Ulrich Sander

Zu diesem Zweck wie auch zur Durchsetzung von Entschädigungsforderungen für die Opfer von Wehrmachtsmassakern im Zweiten Weltkrieg, die in Südeuropa verübt wurden, findet vom 6. bis 8. Juni diesen Jahres in Mittenwald ein Hearing mit Zeitzeugen und Historikern statt. Behandelt werden Themen wie: „Verbrechen der Gebirgsjäger in Griechenland", „Entschädigungsforderungen griechischer NS-Opfer", „Soldat und Kriegsverbrechen", ferner „Juristische (Nicht-)Verfolgung der Täter" und „Der Massenmord von Kephallonia".

Seit über 50 Jahren treffen sich alljährlich zu Pfingsten die ehemaligen Angehörigen der Wehrmachtsgebirgstruppe wie auch der Gebirgstruppe der Bundeswehr. Voriges Jahr wurde dieses Treffen, bei dem regelmäßig der Krieg der Nazis verherrlicht, die Verbrechen geleugnet und künftige Militäreinsätze befürwortet wurden, erstmals von jungen AntifaschistInnen gestört. Es kam zu scharfen Kontroversen. In diesem Jahr wird versucht, ein Kontra zum Bundeswehr-Wehrmachts-Treffen auf dem Hohen Brendten - dort steht ein „Ehrenmal" - zu setzen, ohne dass die Teilnehmer unter Hausarrest gestellt und zeitweiligen Ermittlungsverfahren ausgesetzt werden.

Interessiert gezeigt haben sich einzelne Vertreter von 160 griechischen Gemeinden aus deutschen Städten. Vor allem ist die Mitwirkung von Überlebenden aus Italien und Griechenland wichtig für die Wirkung des geplanten Treffens.

Sicherlich wird man die NS-Opfer und jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten in diesem Jahr freundlicher in Mittenwald empfangen als die Jugendlichen zu Pfingsten im vorigen Jahr. Die Gemeinde Mittenwald - um den guten Ruf als Touristenzentrum und höchstgelegenen Kurort verlegen - bemüht sich um korrekte Abwicklung. Der Kameradenkreis der Gebirgstruppe jedoch schweigt. Die Bundeswehr zeigt sich nicht kooperativ. Ein offener Brief an Ministerpräsident Edmund Stoiber vom vorigen September hatte ein bemerkenswertes Echo. Nach langem Zögern ließ er per Staatskanzlei mitteilen, er habe die Informationen über die Vorwürfe gegen die Gebirgsjäger an das Landesjustizministerium - und dieses dann an die Münchner Staatsanwaltschaft - weitergeleitet. Dort wird das Material überprüft. Die Gruppe „angreifbare-traditionspflege" und die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN-BdA) drängen darauf, dass nun regelrechte Ermittlungsverfahren eingeleitet werden. Das Verfahren gegen „die jugendlichen Störer" von Pfingsten 2002 wurde jedenfalls eingestellt.

Die VVN-BdA und ihre Partner wollen erreichen, dass z.B. die Täter von Kephallonia und Kommeno, gegen die endlos lange und ohne Ergebnis durch die Dortmunder Staatsanwaltschaft ermittelt wird, endlich vor Gericht kommen. Die Namen von rund 130 der noch lebenden mutmaßlichen Totschläger und Mörder wurden der Staatsanwaltschaft in Dortmund, Ludwigsburg und München übergeben. Der Eingang wurde zwar bestätigt, aber noch immer wurden keine konkrete Ermittlung eingeleitet oder gar Anklageerhebungen vorgenommen. Am 11. April diesen Jahres hat die VVN-BdA erneut nach Ludwigsburg, München und Dortmund an die Staatsanwaltschaften bzw. die Zentralstellen Briefe mit solchem Wortlaut gerichtet: „Wir übergeben Ihnen eine neue Liste von möglichen überlebenden Tätern, die an den Tötungen von italienischen Kriegsgefangenen in Kephallonia im September 1943, aber auch bei anderen Verbrechen - z.B. in Kommeno - mitgewirkt haben könnten. Das Material stammt aus den Veröffentlichungen des Kameradenkreises Gebirgstruppe, das mit Unterlagen über die Tatorte und Tathergangsschilderungen abgeglichen wurde, die in der Literatur und in Ermittlungsakten zu finden waren."

Eine nachhaltige Wirkung hatte der TV-Film von H. R. Minow über den vieltausendfachen „Mord auf Kephallonia". Oberstaatsanwalt Ulrich Maaß von der Dortmunder Sonderstaatsanwaltschaft für die Verfolgung von NS-Verbrechern erklärte zunächst in dem TV-Film über den Massenmord an italienischen Kriegsgefangenen durch die 1. Wehrmachts-Gebirgsdivision, es werde wohl wegen Kephallonia nicht zur Anklage kommen. Nachdem die VVN-BdA bei der NRW-Landesregierung interveniert hatte, machte er jedoch einen Rückzieher und erklärte, es werde weiter ermittelt. Wer etwas wisse, solle es ihm melden. Somit wurde ihm eine neue Liste mutmaßlicher Täter zugesendet. Die Zentrale Stelle in Ludwigsburg hat für Anfang Mai eine Stellungnahme zu den vorgelegten Materialien angekündigt.

Die Auseinandersetzung mit der Dortmunder Staatsanwaltschaft, die für den Fall Kephallonia zuständig ist, wird besonders vor dem Hintergrund zu beachten sein, dass in Dortmund im Herbst zum vorerst letzten Mal die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" gezeigt werden wird. Mit der Wehrmachtsausstellung rückten vor fünf Jahren die Verbrechen der Wehrmacht in den Blick der Öffentlichkeit. Neonazis und andere Nationalisten und Militaristen protestierten gegen die Ausstellung, u.a. mit dem Argument, mit ihr würden die Wehrmachtsangehörigen pauschal als Verbrecher dargestellt. Das stimmt nicht. Wahr ist jedoch, dass die bundesdeutsche Justiz bisher dafür sorgte, dass die Wehrmachtsangehörigen pauschal freigesprochen wurden.

Die VVN-BdA und ihre Partner wollen nun erreichen, dass nicht nur die Verbrechen der Wehrmacht, sondern auch die Verbrecher benannt werden. Dabei wird dann schnell erkennbar, dass nicht sämtliche Wehrmachtsangehörige gemeint sind, sondern dass ganz konkrete Verbrecher ganz konkreten Verbrechen zugeordnet werden können, wie die 1. Gebirgsdivision und die 117. Jäger-Division, die z.B. durch Griechenland, Montenegro und Italien ihre Blutspur zogen.

Das Pfingsthearing in Mittenwald dürfte für einen wichtigen Nachhilfeunterricht für die deutsche Gesellschaft sorgen.

Infos über: angreifbare.tradition@freenet.de, siehe auch www.nadir.org/mittenwald.

Richtigstellung
Heft Nr. 81, Seite 17, Artikel „Rechtsrock in NRW": Der Sänger der Band „Oidoxie" heißt nicht Marcel Ingignoli, sondern Marko Gottschalk.

Zwei Geschichten, ein Mensch

Dunkle Flecken auf der Schupo-Uniform

Franz Jürgens war von 1941 bis 1944 Schutzpolizeichef in Darmstadt, der alten Landeshauptstadt des früheren Volkstaates Hessen. Die Stadt Düsseldorf benannte nach ihm eine Straße, einen Platz, gar eine Schule, weil Jürgens, ein halbes Jahr vor dem Kriegsende 1945 nach Düsseldorf versetzt, seinen Versuch, die Übergabe der Stadt den alliierten Truppen ohne sinnlose Opfer zu ermöglichen, mit dem Leben bezahlt hat. Was geschah damals in Düsseldorf?

Von Christoph Jetter

Die Stadt ist Mitte April 1945 von amerikanischen Truppen bereits eingekesselt, als sich der Nazi-Generalfeldmarschall Model gemeinsam mit der örtlichen Partei- und SS-Führung daran machte, dem Himmler-Befehl zur Verteidigung der Städte Folge zu leisten. Dem will der Polizeioffizier Jürgens, zu dem eine Gruppe von Bürgern Kontakt aufgenommen hatte, mit der Entsendung von Unterhändlern zuvorkommen, die den Alliierten zusagen sollten, deren Einmarsch werde kein Widerstand entgegengesetzt werden. Jürgens nimmt zur Absicherung dieses Plans den SS-Chef Düsseldorfs, Korreng, fest, der jedoch von einer regimetreuen Polizeieinheit wieder befreit wird, noch bevor die Unterhändler aufgebrochen sind. Franz Jürgens und die Unterhändler werden verhaftet, am Nachmittag des 16. April vor ein Standgericht gestellt, das Jürgens und vier Unterhändler zum Tode verurteilt. Generalfeldmarschall Model bestätigt die Urteile, die noch am Abend vollstreckt werden. Düsseldorf wird am Tag danach dennoch kampflos den amerikanischen Truppen übergeben. Generalfeldmarschall Model begeht am 21. April Selbstmord. Das von ihm bestätigte standgerichtliche Mordurteil vom April 1945 wird 1949 von einem Düsseldorfer Schwurgericht nachträglich abgesegnet. Der Bundesgerichtshof als Revisionsinstanz billigt diese Entscheidung 1952. Die Stadt Düsseldorf allerdings ehrt das Andenken des mutigen Oberstleutnants der Schutzpolizei Franz Jürgens. Unter der Gedenktafel am Polizeipräsidium ist die berühmt gewordenen Passage aus Paul Celans „Todesfuge“ zu lesen: „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland.“ – Dies die eine Geschichte.

Die andere Geschichte lautet: Die Darmstädter Gestapo trug, wie nach der Wannseekonferenz vom Januar 1942 überall im „Reich“, in den Jahren 1942 und 1943 die Verantwortung für Vorbereitung und Organisation der „Endlösung“. Die jüdischen Wohnungen in den Städten und Dörfern der hessischen Provinzen wurden systematisch „durchkämmt“, wie dies die Sprache der Vollstrecker nannte, die Bewohner anschließend nach Darmstadt transportiert. Zu diesen Verfolgungsmaßnahmen wurden alle verfügbaren Polizeikräfte herangezogen. Die Opfer wurden in der Justus-Liebig-Schule, die vorübergehend zu einem Durchgangslager umfunktioniert wurde, primitiv und demütigend untergebracht, die Außenstellen der Darmstädter Behörden registrierten und filzten die Opfer: dem organisierten Massenmord ging die Ausplünderung voraus. Im Morgengrauen wurden sie zum Güterbahnhof getrieben, der Abtransport in die Todesfabriken folgte. Insgesamt wurden auf diese Weise über dreitausend Juden aus dem damaligen Volksstaat Hessen deportiert, die meisten von ihnen in Massentransporten im März und im September 1942. Nur wenige haben das Grauen der Vernichtungslager überlebt.

Zu Beginn der 1990er Jahre erforschte eine Projektgruppe von Schülerinnen und Schülern der Liebig-Schule die Vergangenheit ihrer Schule als vorübergehendes Sammellager für die hessischen Holocaustopfer. Im Stadtarchiv stießen sie auf ein Dokument, das in der wenig später veröffentlichten Broschüre „Juden-Deportationen aus Darmstadt 1942/43“ abgedruckt ist. Es gibt den Kommandobefehl Nr. 59 der Darmstädter Schutzpolizei von Ende Oktober wieder: Ziffer 1 benennt den „Offizier vom Wochendienst“, Ziffer 2 regelt die Tagesdienste der Woche, Ziffer 3 den „Theaterdienst“ vom 14. bis zum 20.10. 1942, Ziffer 5 schließlich verweist für die „Hundezucht“ auf einen Runderlass des „Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei“. Dazwischen befindet sich folgende Ziffer 4: „Judenevakuierung. Der Leiter der Geheimen Staatspolizeistelle Darmstadt übermittelte mir für die erwiesene Unterstützung bei der Judenevakuierung seinen Dank. – Für den vollen Einsatz spreche ich allen beteiligten Offizieren, Unterführern und Männern meine Anerkennung aus.“ Der Kommandobefehl ist unterschrieben mit „gez. Jürgens“. Es handelt sich um denselben Franz Jürgens, damals Chef der Schutzpolizei in Darmstadt, der zwei Jahre später nach Düsseldorf versetzt wurde, dort im April 1945 - siehe oben! - die Stadt vor gewaltsamer „Verteidigung“ bewahren wollte, deshalb standgerichtlich ermordet worden war und den das nachfaschistische Düsseldorf seit Jahrzehnten für seinen Opfermut ehrt.

Beide „Geschichten“ gehören zur gleichen Person. Ohne dass bis heute mehr über Franz Jürgens und seine Handlungsmotive in den Jahren der Naziherrschaft und des Zweiten Weltkriegs bekannt geworden ist (seine Personalakten sind wohl bei Kriegsende verbrannt), sind beide Geschichten als gar nicht untypische Teile einer zusammengehörenden Biografie eines deutschen Polizeioffiziers im Naziregime einzuordnen. „Man“ hat im Befehl-und-Gehorsam-System vielleicht nicht einmal aus Überzeugung „mitgemacht“, „mitorganisiert“, sogar „mitdeportiert“ – andererseits hat „man“ auch Mut gezeigt, vielleicht erst dann, als auch das eigene Leben in einer sinnlosen Abwehrschlacht in Gefahr zu geraten drohte. Zudem, individueller Mut, den Franz Jürgens im April 1945 ohne Zweifel an den Tag gelegt hat, hat die antisemitische Grundhaltung eines höheren Polizeioffiziers mit Karriere in der Nazizeit nicht gerade ausgeschlossen. Solange wir nicht mehr in Erfahrung bringen, gilt, was die „Frankfurter Rundschau“ mit ihrem Bericht vom 1. Februar diesen Jahres ans Licht der Öffentlichkeit gebracht hat und was kein Widerspruch zu sein braucht: „In Düsseldorf als Widerstandskämpfer geehrt, in Darmstadt in die Judenverfolgung verstrickt“. In Düsseldorf wie in Darmstadt müssen beide „Geschichten“ nicht zuletzt öffentlich, in der Geschichtsschreibung der Stadt also, zur Kenntnis genommen werden – die Geschichte eines ehrenhaften gescheiterten Rettungsversuchs kurz vor Kriegsende und die Geschichte eines von abertausenden Mittätern des Holocaust, zwei Bestandteile ein und derselben Biografie.

Flammendes Bekenntnis

Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933

„Gegen Frechheit und Anmaßung, für Achtung und Ehrfurcht vor dem unsterblichen deutschen Volksgeist! Verschlinge, Flamme auch die Schriften von Tucholsky und Ossietzky!" Mit solch martialischen „Feuersprüchen" gestalteten am 10. Mai 1933 deutsche Studenten in zahlreichen Universitätsstädten Bücherverbrennungen, bei denen so genannte „undeutsche Literatur" der Vernichtung anheim fiel.

Von Ulrich Schneider

Als „undeutsch" galt alles, was sich nicht dem tumben völkischen Wissenschaftsverständnis unterordnen ließ, zum Beispiel marxistische Autoren, soweit sie überhaupt in den Universitätsbibliotheken anzutreffen waren, jüdische Wissenschaftler jeglicher Fachrichtung und politisch engagierte Literaten.

Die Bücherverbrennung war – wie die neuere Forschungen belegen – eine zentral geplante und organisierte Aktion, wobei auf zentraler Ebene, wie bei der lokalen Umsetzung nicht in erster Linie irgendwelche Nazigrößen die Führung übernommen hatten – auch wenn in Berlin Propagandaminister Goebbels redete, sondern Studierende besonders aus den Burschenschaften und Verbindungen, die in den „Vereinigten Deutschen Studentenschaften" (VDSt) und im „Nationalsozialistischen deutschen Studentenbund" (NSDStB) ihre politische Bastion besaßen. Und so überrascht es nicht, dass in den Zeitungsberichten über die Bücherverbrennung - zum Beispiel aus Erlangen, Frankfurt am Main und Marburg - die Beteiligung von studentischen Korporationen, die in voller Montur angetreten waren, lobend hervorgehoben wurde. Hinzukamen Angehörige des akademischen Mittelbaus, die auf diese Weise ihre Stellung im neuen NS-dominierten Wissenschaftsbetrieb neu definieren wollten.

Bereitwillig hatte man aus den Bibliotheken der Verbindungshäuser die entsprechenden Bücher, wenn sich solche einmal in die dortigen Bestände verirrt hatten, zu den Sammelpunkten gebracht, um ein „Bekenntnis zum deutschen Wesen" abzulegen. Auch die Institutsbibliotheken wurden nach vorgefertigten Listen des „Kampfbundes für deutsche Kultur" durchgekämmt. So war es gesichert, dass kein unliebsamer Autor und seine Werke der Verbrennung entgingen – bis auf einen, nämlich Oskar Maria Graf. Zwar wurde seine Wohnung von Nazischergen geplündert, er selber ins Exil getrieben, jedoch seine Bücher fanden sich auf einer weißen Liste des „neuen" Deutschlands. Graf antwortete auf diese Schmach mit einem Artikel in der „Volksstimme" (Saarbrücken) unter der Überschrift „Verbrennt mich!"

Wenn heute an diese Bücherverbrennung und die damit einhergehende Vertreibung aller kritischen Geister deutscher Kultur durch die faschistische Barbarei erinnert wird, dann sollte auch daran erinnert werden, welche Rolle die studentischen Korporationen bei diesen Aktionen gespielt haben - Korporationen, die sich in ihrer Selbstdarstellung zugute halten, dass sie angeblich als „Gegner" durch den NSDStB in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt worden seien.

Auch die Standesorganisation der Buchhändler und Bibliothekare, der „Börsenverein des deutschen Buchhandels" beteiligte sich aktiv an dieser Kulturbarbarei. Schon sechs Tage nach der Bücherverbrennung wurde eine amtliche Liste zur „Säuberung der öffentlichen Büchereien" veröffentlicht, die durch zahlreiche Nachträge ergänzt mehrere Tausend Autorinnen und Autoren als „undeutsch" und „artfremd", als „Schmutz- und Schundliteratur" aus den deutschen Bibliotheken verbannte.

Helden mit Schattenseite



„Buxtehude bekommt einen Friedensplatz", meldete vor kurzem das regionale „Tageblatt". Direkt hinter der ehemaligen „Estetal-Kaserne" gelegen, soll dort an die Organisatoren der kampflosen Übergabe Buxtehudes an die Briten zum Ende des 2. Weltkrieges erinnert werden.

Von Andrea Röpke

Am 22. April 1945 rettete die weiße Fahne vielen Buxtehudern das Leben und die Altstadt vor der Zerstörung. Nach Recherchen eines ehemaligen Buxtehuder Bürgermeisters sollen Kapitän zur See Alexander Magnus und Konteradmiral der Nordsee Siegfried Engel die Entscheidung zur friedlichen Übergabe getroffen und zwei Parlamentäre zu den Briten gesandt haben. Auf Initiative des einflussreichen Hobbyhistorikers hin, sollen neben den Vermittlern vor allem die hochrangigen Militärs als Helden mit einer Bronzetafel im Mai diesen Jahres persönlich geehrt werden. Obwohl Zeitzeugen-Berichte und Archivmaterialien ein etwas anderes Bild auf die letzten Tage vom braunen Buxtehude werfen und Buxtehuder „Tageblatt"-Recherchen die Integrität der Militärs anzweifeln, soll die Ehrung stattfinden.

Da macht es auch nichts, dass laut Aktenlage beim Bundesarchiv in Ludwigsburg Kapitän zur See Alexander Magnus an Deportationen von Juden aus Korfu beteiligt gewesen sein soll und ihm in der Vergangenheit vorgeworfen wurde, 1944 an der Erhängung von 10 gefangenen griechischen Zivilisten mitgewirkt zu haben. Zu weiteren Ermittlungen kam es nicht, weil die NS-Verbrechen als „Sühnemaß-

nahmen" verbucht wurden, die auf Befehl stattgefunden haben sollten. Konteradmiral Siegfried Engel war als Marinerichter an mindestens zwei Todesurteilen gegen Deserteure beteiligt u. a. gegen den Matrosen Heinrich Schoon. Engel soll zwar „gewisse Bedenken" gegen die „Feststellung der Fahnenflucht" Schoons geäußert haben, die seines Erachtens „aber nicht ausschlaggebend" waren, denn wegen wiederholter Straffälligkeit verdiene der Bewährungssoldat keine Gnade. Der Deserteur Schoon wurde am 27. April 1945 hingerichtet. Aber auch die Wehrmachtsoffiziere Engel und Magnus hatten gegen geltende Befehle verstoßen und die Stadt Buxtehude kampflos übergeben. Eine zweifellos richtige Entscheidung, die sich der 30jährige einfache Matrose jedoch nicht leisten konnte.

Wenn eine Ehrung in Buxtehude nicht mehr aufzuhalten ist und Militärs als Helden der NS-Zeit gefeiert werden, dann sollte auch ausführlich über deren Leichen im Keller aufgeklärt werden.

Republikanische Finanzen

Auf „Geschlossenheit" schwört der Bundesvorsitzende Rolf Schlierer die Parteimitglieder auf dem Landesparteitag der „Republikaner" (REP) ein. Denn nachdem die Amtsenthebung des ehemaligen Landeschefs Christian Käs wegen parteiinterner Finanzaffären für Unruhe gesorgt hat, droht der Partei nun wegen fingierter Aufwandsspenden ein Bußgeld von etwa 1 Million Euro.

Von Janine Clausen

Auch Käs Nachfolger Karl August Schaal ermahnt die 70 Delegierten am 15. März auf dem Baden-Württembergischen Parteitag: „Wir wollen einen harmonischen Parteitag, das heißt nicht Frieden um jeden Preis, aber Streit für den richtigen Weg". Diese Bitte wird erhört. Nachdem Schaal den Landesvorsitz im Sommer letzten Jahres übernahm, kann er ihn wie geplant abgeben. Ganz nach Wunsch der REP-Bundeszentrale bestimmten die Mitglieder Ulrich Deuschle zum neuen Landesvorsitzenden. Zuvor erläuterte Schlierer, dass „die Frage nicht sei, ob man in einem halben Jahr große Erfolge habe, sondern ob man sein Pflicht tut". Der Stuttgarter Anwalt will damit aber nicht die Verantwortung für die Misserfolge der letzten Jahre ablehnen. Nur „Experimente dieser Art darf man sich nicht mehr erlauben". Der neue Landeschef, der bereits Fraktionsvorsitzender in der Regionalversammlung Stuttgart ist, verspricht denn auch gleich durch „konsequentes Sparen und sinnvolles Investieren" den Landesverband zu konsolidieren und 2006 das „Comeback in den Landtag" zu schaffen.

Die Durchhalte- und Zusammenhaltsparolen von Schlierer dürften die Mitglieder erwartet haben. Denn wenige Tage vor dem Parteitag nahm die Staatsanwaltschaft die Ermittlung wegen „unkorrekter Spendenbestätigung" auf. Nach einer Betriebsprüfung des bayerischen REP-Landesverband hat das Finanzamt Augsburg nun festgestellt, dass die Partei 1997 und 1998 in großem Umfang „vorsätzlich unrichtige Spendenbestätigungen" ausgestellt habe. Mittlerweile erhielten zwei ehemalige Schatzmeister Haftungsbescheide in Höhe von je etwa 38.000 Euro.

Diese Summe haben die REP jedoch längst nicht mehr in der Kasse. Die Bescheide werden jährlich fortgeschrieben. Gegen die sofortige Vollstreckung hat der bayerische Landesverband erfolgreich Einspruch vor dem Finanzgericht München einlegen können. Eine sofortige Vollstreckung von insgesamt mehr als einer Million Euro wäre bei der „prekären Kassen-Situation", laut REP-Verteidiger, einem „Parteiverbot auf kalten Wege" gleich gekommen. Die Münchener Richter teilten diese Befürchtung und entschieden, dass erst überprüft werden muss, ob die Rechtsauffassung des Finanzamts Augsburg zutreffend sei. Das Finanzamt meint, das mit gesetzeswidrigem Fingieren von Aufwandsspenden betrügerisch gehandelt wurde. Sollte die Entscheidung wegen „vorsätzlich unkorrekter Spendenbestätigungen" rechtskräftig werden, muss auch die Bundesverwaltung einschreiten.



Der Bundesvorsitzenden der „Republikaner", Rolf Schlierer

Auf dem Hessischen Landesparteitag sprachen die Funktionsträger die drohende Pleite nicht an. Der wieder gewählte Landesvorsitzende Haymo Hoch verwies stattdessen auf die weltpolitische Situation bei der Veranstaltung am 22. März diesen Jahres. „Noch nie hat ein Parteitag der Republikaner während eines Krieges stattgefunden".

Wahl ungültig

Der für seine Rechtsausleger bekannte Ulmer FDP-Kreisverband kommt nicht zur Ruhe. Ende März diesen Jahres erklärte das baden-württembergische Landesschiedsgericht der FDP die Wahl von Dietmar-Dominik Hennig zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden für ungültig. Ende Januar war der 26-jährige Jura-Student Hennig mit knapper Mehrheit zum neuen Ulmer Partei-Vize gewählt worden. Der Stuttgarter Hennig war Gründungsmitglied des inzwischen aufgelösten ultra-rechten „Cannstatter Kreises" und für ein halbes Jahr Mitglied der „Republikaner". Hennig gilt als Vertrauter des ehemaligen rechten Ulmer FDP-Kreisvorsitzenden Stefan Havlik (22). Hennig selbst war bereits von 1995 bis 1997 Mitglied der FDP, ehe er aus Solidarität mit Heiner Kappel, heutiger Vorsitzender der „Deutschen Partei", die FDP verließ. Am 28. März erklärte er, dass er für das Parteiamt nicht wieder zur Verfügung stehen werde.

Einmal REP, wieder REP

Entgegen dem bundesweiten Trend stieß der Eltviller Stadtverordnete Klaus Opitz zur Partei „Die Republikaner". Opitz war Spitzenkandidat der REP in Eltville am Rhein bei der hessischen Kommunalwahl 1997. Mit 12,8 Prozent wurde die Partei auf Anhieb drittstärkste Kraft in der Stadtverordnetenversammlung. In Folge innerparteilicher Querelen verließ Opitz die REP. Bei der letzten Kommunalwahl im Jahr 2001 gelang ihm als Parteiloser der Wiedereinzug in die Stadtverordnetenversammlung.

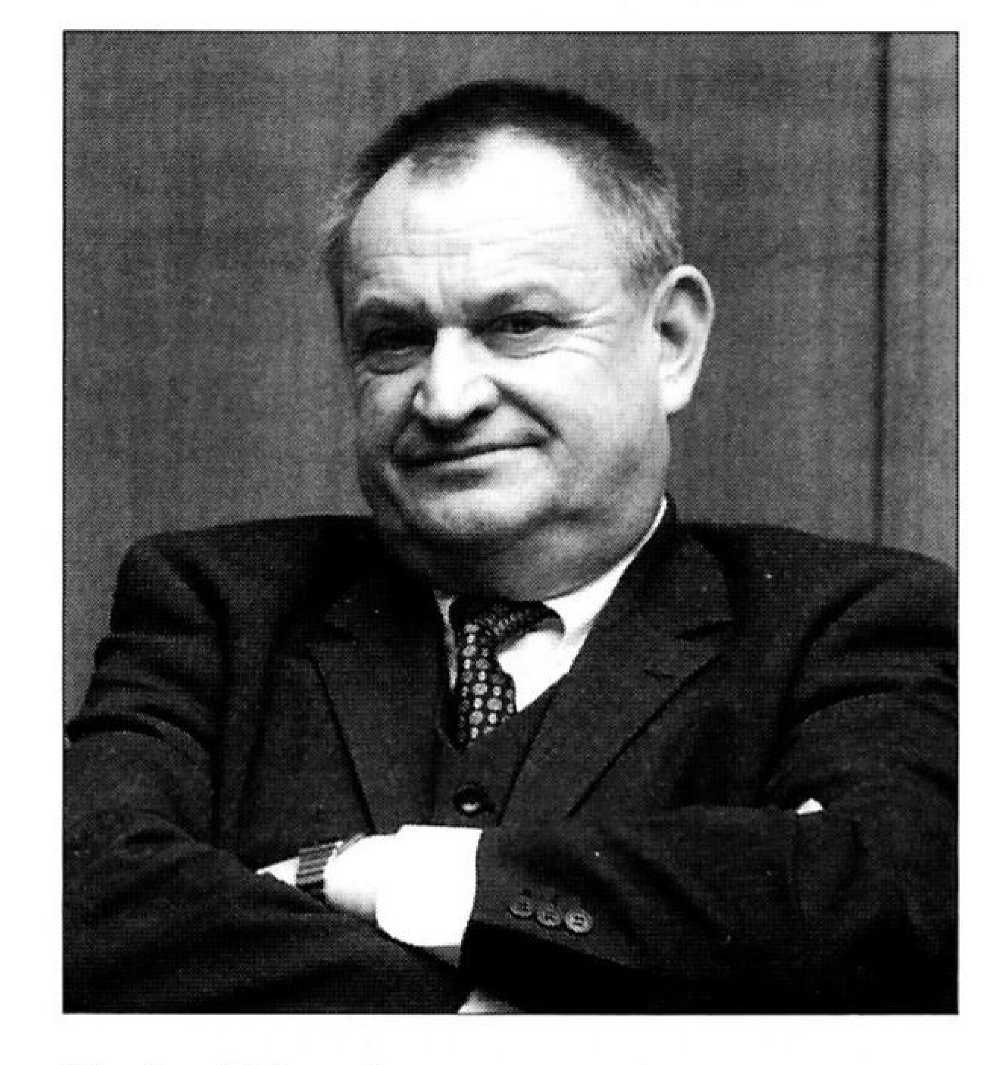
Österreich im Wiederholungszwang

Zur fortgesetzten Regierungsbeteiligung der FPÖ

Nachdem die Haidertreue FPÖ-Basis im so genannten „Putsch von Knittelfeld" die Führung aus dem Amt gejagt und damit die Koalition mit der ÖVP gesprengt hatte, wurde am 24. November letzten Jahres vorzeitig ein neuer Nationalrat gewählt. Die in wüstem Richtungsstreit zwischen wirtschaftsliberalem und nationalsozialem Flügel untergegangene FPÖ verlor dabei fast zwei Drittel ihrer Stimmen (10% statt 27%). Da diese Verluste fast vollständig von den Gewinnen der ÖVP (42% statt 27%) wettgemacht wurden, änderte sich unterm Strich nichts.

Von Heribert Schiedel

Nur die Naivsten glaubten an einen Regierungswechsel, wobei sie darin von den monatelangen Verhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ bzw. Grünen bestärkt wurden. Recht behalten sollten jene, die von einer Fortsetzung der „Wende" ausgegangen waren. Eine kontinuierlich nach rechts wandernde ÖVP war tatsächlich bereit, auch mit einer FPÖ, die in der „rechtsradikalen Revolution" (Ex-FPÖ-Generalsekretär Sichrovsky) von Knittelfeld ihr wahres Gesicht gezeigt hat, zu koalieren. Und die am Boden liegende FPÖ war bereit, für eine neuerliche Regierungsbeteiligung die letzten strittigen Positionen zu opfern (Ablehnung des EU-Beitrittes Tschechiens, Steuerreform, kein Kauf von Abfangjägern usw.). Im Unterschied zum Februar 2000 war diesmal jedoch keine Euphorie im „Bürgerblock" zu bemerken. Vielmehr glauben diesmal nicht einmal die Beteiligten, dass diese Koalition die gesamte Regierungsperiode übersteht. Dafür werden wie im September 2002 das „einfache Parteimitglied" Jörg Haider und seine Kameraden, mehrheitlich Burschenschafter, schon sorgen. Denn auch in dieser Hinsicht ist alles beim alten geblieben: Während die FPÖ in der Regierung den neoliberalen Schlag



Herbert Haupt

gegen den Wohlfahrtsstaat mitträgt, ergeht sie sich an der Basis in der anhaltenden Selbstdarstellung als die bessere Sozialdemokratie. Es ist vor allem die Kärntner Landesgruppe um ihren nach wie vor unangefochtenen Führer Jörg Haider, die deutlich in Opposition zur Regierung geht. Wieder einmal drohte Haider unlängst mit der Abspaltung seiner ihm treu ergebenen Nationalratsabgeordneten vom FPÖ-Klub. Die „Knittelfelder" bereiten diese bereits insofern vor, als sie einen „Club der Freunde Jörg Haiders" ins Leben riefen und diesen wohl als Kern einer neuen Partei nach dem (organisatorischen) Vorbild der CSU positionieren. Als Stichtag für das Ende des Kabinetts Schüssel II gilt die Landtagswahl in Kärnten: Im Frühjahr 2004 muss sich Haider dem WählerInnenwillen stellen. Und wer ihn kennt, weiß, dass er für einen Wahlsieg bereit ist alles zu opfern, eben auch neuerlich die Regierungsbeteiligung der eigenen Partei.

Die ÖVP lügt sich und der Öffentlichkeit jedoch eine andere FPÖ vor: Parteiobmann Herbert Haupt sei im Unterschied zu seinen VorgängerInnen durchaus in der Lage, sich vom freiheitlichen Übervater zu emanzipieren. Tatsache ist jedoch, dass auch Haupts Verbleib an der Parteispitze abhängt von seinen Unterwerfungsritualen gegenüber Haider. Erst Anfang April wurde die interessierte Öffentlichkeit Zeugin der tatsächlichen Macht des Parteiobmannes: Da präsentierte Haupt zunächst (gemeinsam mit Minister Bartenstein, ÖVP) einen Entwurf zur Pensionsreform, welcher gleichbedeutend wäre mit Einkommensverlusten von bis zu 20 % für zukünftige PensionistInnen. Umgehend kam aus Kärnten eine entschiedene Ablehnung dieser Pläne. Haider forderte zum Schrecken der ÖVP eine Volksabstimmung, einzelne FP-Abgeordnete bekundeten öffentlich, dass sie im Nationalrat gegen diese „Reform" stimmen werden. Und nach einem Treffen mit Haider und den Seinigen war plötzlich auch Haupt gegen den eigenen Entwurf. Darüber hinaus übernahm er Haiders Forderung, das Volk darüber abstimmen zu lassen.

Die Farce bleibt also auf dem Spielplan der politischen Bühne. Und das Publikum lehnt sich gelangweilt zurück, anstatt die DarstellerInnen davonzujagen. Tatsächlich stellt sich die Frage, warum diesmal im Unterschied zum Februar 2000 massenhafter Widerstand gegen die FPÖ-Regierungsbeteiligung ausgeblieben ist. Dabei wäre der Skandal heute noch um vieles größer als damals: Die FPÖ nach Knittelfeld gibt sich gar nicht mal mehr die Mühe, sich zu verstellen, sondern tritt offen auf als das, was sie ist – eine rechtsextreme Partei, getragen von deutschnational Korporierten.

Die einzige Hoffnung, die bleibt, ist der fortgesetzte Gang der FPÖ in die Bedeutungslosigkeit. Mit Niederösterreich gab das nach Wien bevölkerungsreichste Bundesland Ende März dieses Jahres zu dieser Hoffnung auch Anlass: Die FPÖ mit ihrem Hang zur Selbstzerstörung fiel von 16% auf 4,5% in der WählerInnenzustimmung. (Nieder)Österreich wäre aber nicht (Nieder)Österreich, wenn dafür nicht die ÖVP die absolute Mehrheit eingefahren hätte...

Finanzskandal begünstigt „Vlaams Blok"

Kurz vor der belgischen Parlamentswahl hat ein Finanzskandal in der Stadt Antwerpen die Chancen des rassistischen „Vlaams Blok" (VB) für die im Mai diesen Jahres bevorstehenden Parlamentswahlen vergrößert. Im März wurde bekannt, dass sich Mitglieder der Stadtregierung - eine Koalition aus Grünen, Liberalen, Christdemokraten und Sozialisten - auf Kosten der Stadt mit Luxusartikeln versorgt hatten. Besondere Brisanz erhält dieser Skandal dadurch, dass der VB von den anderen Parteien politisch isoliert wurde und de facto nun die Rolle der einzigen Opposition erhält.

Nach anfänglichen Rechtfertigungsversuchen war die gesamte Stadtregierung Antwerpens wegen dieses Finanzskandals zurückgetreten. Umfragen sagten dem VB - schon bevor der Skandal öffentlich wurde - für die bevorstehenden Wahlen einen Stimmenanteil von 17 Prozent voraus.

„Attac" rechts

STOWARZYSZENIE attac POLSKA

Narodowe Odrodzenie Polski

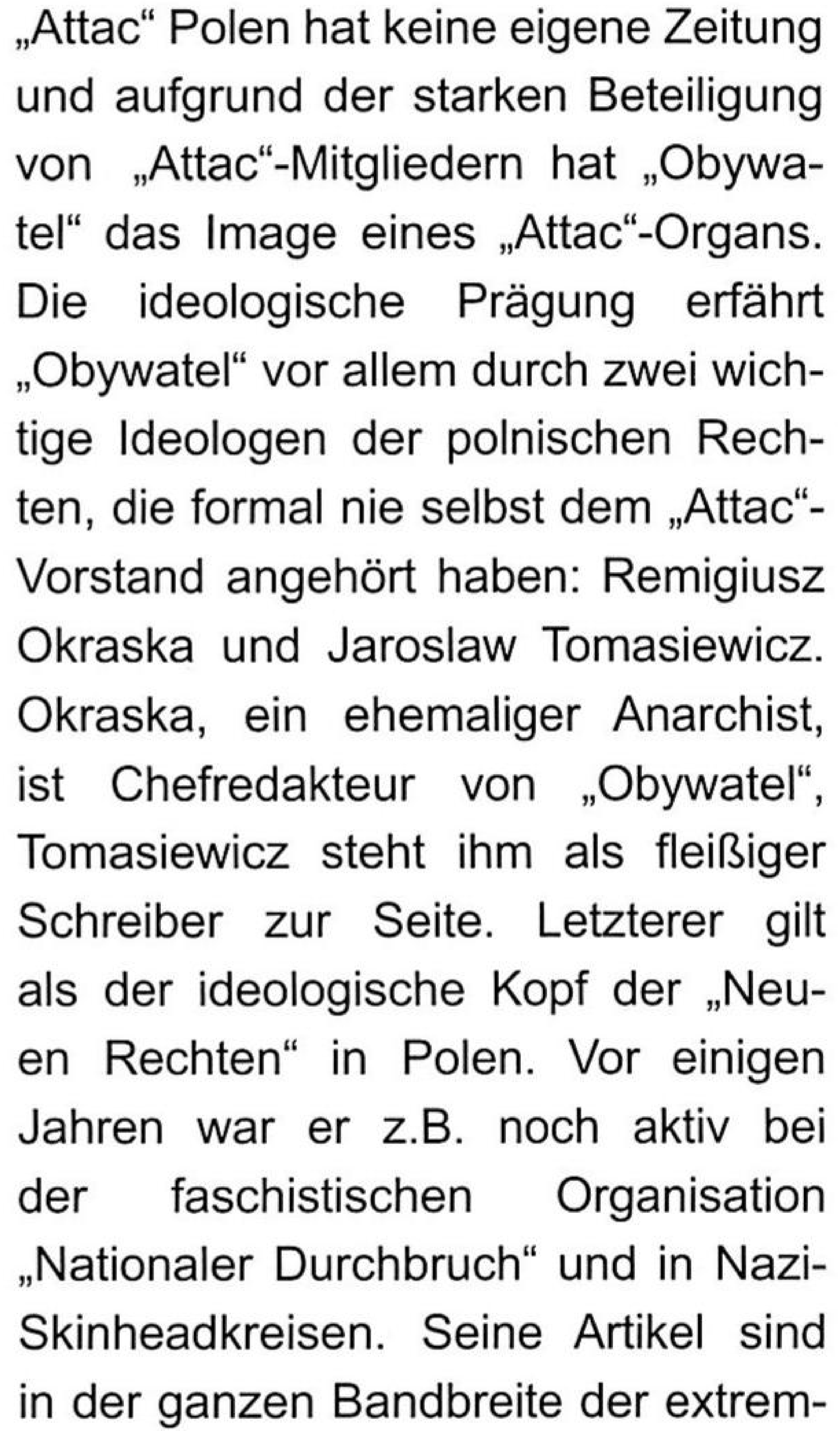
OBYWATEL

POLITYKA SPOŁECZEŃSTWO EKOLOGIA

Die deutschen Faschisten tun sich schwer, Anschluss an die Antiglobalisierungsbewegung zu finden. Ganz anders in Polen, dort kann die „Neue Rechte" die erfolgreiche Umsetzung der Querfrontstrategie feiern. Im polnischen „Attac" haben Rechte Führungspositionen besetzt und geben ein neu-rechtes Magazin heraus, das in Polen als halboffizielles „Attac"-Organ gilt.

Von Karl Kleinschmid

Schon zu den Gründungsmitgliedern im Frühjahr 2001 gehörten Personen, die zum Teil schon seit Langem in und mit faschistischen Organisationen und Publikationen arbeiteten. Heute gibt es eine enge Verzahnung mit „Obywatel" (Bürger), einem Magazin, das eine neu-rechte Strategie verfolgt. Linke Globalisierungskritik steht dort neben faschistischen und antisemitischen Inhalten. Die rechte Querfrontstrategie beabsichtigt solch eine Mischung: Die rechten Inhalte sollen ausserhalb der faschistischen Kreise Respektabilität gewinnen, gesellschaftliche Diskurse sollen von rechts besetzt sowie linke und rechte Systemkritik zusammengeführt werden. Zum „Obywatel"-Herausgeberkreis gehören der „Attac"-Vorsitzende Maciej Muskat und der stellvertretende Vorsitzende des „Attac"-Programmausschusses Stefan J. Adamski. „Attac" Polen hat keine eigene Zeitung und aufgrund der starken Beteiligung von „Attac"-Mitgliedern hat „Obywatel" das Image eines „Attac"-Organs. Die ideologische Prägung erfährt „Obywatel" vor allem durch zwei wichtige Ideologen der polnischen Rechten, die formal nie selbst dem „Attac"-Vorstand angehört haben: Remigiusz Okraska und Jaroslaw Tomasiewicz. Okraska, ein ehemaliger Anarchist, ist Chefredakteur von „Obywatel", Tomasiewicz steht ihm als fleißiger Schreiber zur Seite. Letzterer gilt als der ideologische Kopf der „Neuen Rechten" in Polen. Vor einigen Jahren war er z.B. noch aktiv bei der faschistischen Organisation „Nationaler Durchbruch" und in Nazi-Skinheadkreisen. Seine Artikel sind in der ganzen Bandbreite der extrem-



rechten Zeitungen zu lesen, so auch in dem Magazin der faschistischen NOP („Nationale Wiedergeburt Polens"), der aktivsten faschistischen Organisation in Polen. Die NOP gehört der nationalrevolutionären „International Third Position" an, die der italienische Nazi-Terrorist Roberto Fiore leitet. Tomasiewicz ist zudem Mitherausgeber von „Zakorzenienie" (Verwurzelung), der Zeitung der „Gesellschaft zur Unterstützung ethnischer Kulturen". Die propagiert die Ideen der „Nouvelle Droite" um Alain de Benoist, wie den „Ethnopluralismus" und warnt vor den Folgen der „Vermischung von Kulturen". Schon kurz nach der Gründung haben „Attac"-Mitglieder wegen der massiven Präsenz von Faschisten die Organisation verlassen. Anfang diesen Jahres hat diesen Schritt auch die bis dahin in „Attac" aktive „Arbeiterdemokratie" gemacht. Alle Versuche, die rechte Infiltration breit in „Attac" zu diskutieren, hat die polnische „Attac"-Führung blockiert. Schon im Dezember 2001 hatten Vertreter der Antifa-Zeitung „Nidgy Wiecej" (Nie wieder), einer gewerkschaftlichen Wochenzeitung und einer linksintellektuellen Zeitschrift „Attac" Frankreich in einem Brief über die rechten Zustände in deren polnischer Schwesterorganisation informiert. Die Antwort, dass „Attac" sich mit dem Problem befassen werde, ließ lange auf sich warten. Die Tageszeitung „Junge Welt" hatte sich Anfang März diesen Jahres des Themas angenommen. Ein Vertreter von „Attac" Deutschland kündigte daraufhin ein Treffen von internationalen „Attac"-Vertretern in Warschau für April an. „Attac", das über keine zentrale internationale Struktur verfügt, fällt es schwer, mit den Vorwürfen umzugehen. Es drängt sich aber auch der Eindruck auf, dass die Frage rechter Infiltration in einer ihrer nationalen Gliederungen nicht gerade hohe Priorität hat. Doch die Antiglobalisierungsbewegung wird, wie im übrigen die Antikriegsbewegung auch, nicht darum herum kommen, sich mit rechten Bündnis- und Infiltrationsstrategien auseinanderzusetzen.



Mailänder Antifaschist ermordet

Von Liane M. Dubowy

In der Nacht vom 16. auf den 17. März diesen Jahres griffen Neonazis in Mailand vier Jugendliche mit Messern an, einer wurde leicht, einer schwer verletzt und Davide Cesare, ein 26-jähriger Antifaschist und Aktivist des „Centro Sociale O.R.S.O." wurde tödlich verletzt. Er starb kurz nach dem Überfall.

Die Vier befanden sich auf dem Heimweg von einer Kneipe, in der sich häufig AktivistInnen der „Centri Sociali" treffen, als sie auf drei Neonazis trafen. Nach einigen Beschimpfungen („Scheiß-Kommunisten") griffen diese mit Messern an. Davide Cesare wurde mit acht Stichen an Hals und Oberkörper getroffen und stürzte sofort zu Boden. Zwei seiner Freunde wurden erheblich verletzt, bevor die Neonazis die Flucht ergriffen. Als Tatverdächtige wurden kurz darauf ein 54-jähriger Neonazi und seine beiden Söhne, ein 29- und ein 17-jähriger Skinhead festgenommen. Unklar ist noch, ob es sich bei dem Übergriff um einen Racheakt handelte. Der 29-jährige Skin war in eben jenem Viertel im Süden Mailands einige Tage zuvor bei einem Spaziergang mit seinem auf den bezeichnenden Namen „Rommel" hörenden Rottweiler, von rund zehn Personen, die er den „Centri Sociali" zurechnet, verprügelt worden.

Zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam es bei einer Solidaritätskundgebung am Krankenhaus direkt nach dem Übergriff. FreundInnen des Ermordeten forderten die Herausgabe seines Körpers und drangen in das Krankenhaus ein. Die Polizei reagiert mit brutalem Knüppeleinsatz und Festnahmen, rund 15 Personen wurden bei dem Einsatz verletzt.

Rund 3.000 Menschen beteiligten sich an einer Solidaritätsdemonstration am 18. März zum Gedenken an Davide, die jedoch eigentlich an Fausto Tinelli und Lorenzo Iaio Iannucci erinnern sollte, zwei Aktivisten des „Centro Sociale Leoncavallo", die 1978 von Neonazis ermordet worden waren.

Newsgroup „Eisenkrone"

Am 5. Todestag von Ernst Jünger am 17. Februar 2003 jährte sich zum 5. Mal das Gründungsdatum des Newsverteilers „Eisenkrone" von Martin Schwarz. Täglich versorgt er seinen „Abonnentenkreis" mit von ihm handverlesenen Nachrichten.

Von Christian Dornbusch

Der E-mail-Rundbrief wurde als kurzweiliges Informationsangebot und virtuelle Ergänzung zum Rundbrief „Kshatriya. Tradition und Philosophie", den Schwarz seit einigen Jahren in kleiner Auflage herausgibt, gegründet. Darin setzt er sich vor allem mit dem Werk des italienischen Philosophen und „faschistischen Gurus" (Umberto Eco) Julius Evola und anderer Traditionalisten auseinander. Anfangs trug auch der Email-Rundbrief den Namen „Kshatriya". Der Namen ist den Lehren Evolas entliehen, für den der Kshatriya ein spiritueller Krieger wider die Moderne ist. Seit dem Wechsel zu „Yahoo" im Sommer 2001 firmiert der Rundbrief unter dem Namen „Eisenkrone". Zur „Medienlandschaft" von Martin Schwarz gehört auch noch eine Homepage, auf der er neben einigen Texten von Evola vor allem seine eigenen Elaborate bereitstellt.

Der Mittdreißiger Schwarz trat ab Mitte der 1990er Jahre vor allem als Autor in der „Deutschen Stimme", „Europa Vorn", „Opposition" oder auch für das Dark Wave-Magazin „Sigill"/ „Zinnober" in Erscheinung und in jüngerer Vergangenheit als Referent bei „Synergon". In steter Auseinandersetzung mit den Lehren Evolas wurde Schwarz zum integralen Traditionalisten. Der Lehre zufolge besteht der Weg aus der Moderne bzw. das Kämpfen gegen die Moderne in der Besinnung auf Tradition(en). Geleit bieten dabei die ultra-konservativen Ansichten des Katholizismus, des islamischen Fundamentalismus oder die Rückbesinnung auf Heidentum und Okkultismus jenseits von Esoterik und New Age-Denken.

Seit Gründung des virtuellen Rundbriefs versendet der Evola-Exeget beinahe täglich mehrere Nachrichten. Im Wesentlichen bestehen sie aus einer Dokumentation von Artikeln und Rezensionen aus Zeitungen, angefangen von „Junge Welt", „Jungle World", „Krisis", „Intifada", „Frankfurter Rundschau", „FAZ", „Süddeutsche Zeitung", „Junge Freiheit" oder „Deutsche Stimme" oder der Dokumentation von Presseerklärungen sowohl linker, bürgerlicher als auch extrem rechter Gruppierungen. Aufgenommen wird, was sich mit den Themenfeldern „Konservative Revolution", europäischer Faschismus, Traditionen und Religionen auseinandersetzt oder die von Schwarz bewunderten Denker betrifft. Stetig erinnert er auch an Geburts- und Todestage von Schriftstellern wie Ezra Pound, Corneliu Zelia Codreanu, Ernst Jünger, Rudolf Bahro oder Günter Maschke, an deren Werk und politische Bedeutung. Weiterer steter Schwerpunkt sind Artikel aus traditioneller bzw. fundamentalistisch katholischer oder islamischer Perspektive, zum Beispiel zur Bedeutung des Kopftuchs oder zum Nahost-Konflikt. Schwarz eigener Beitrag beschränkt sich zumeist aufs Kommentieren. Seltener sind von ihm verfasste Beiträge im Newsverteiler, wie jüngst eine Erklärung über den Standort von „Eisenkrone". Festgehalten wird eingangs in der Mail, dass „es heute keine soziale oder politische Ordnung von traditioneller Legitimität gibt". Aufgrund des damit fehlenden politischen Bezugspunktes folgert „Eisenkrone" für sich: „Wir identifizieren uns mit keiner modernen Strömung, wir sind weder Faschisten noch Rechtspopulisten, Liberaldemokraten noch Anarcholibertäre ... Nur Personen wie Corneliu Codreanu als Gesandter des Erzengels Michael und Ruhollah Khomeini als sichtbare Stellvertreter des verborgenen Imam [...] standen außerhalb dieses Rahmens, sie sind Vorboten des kommenden Lichts." Das Heute sei dagegen die Zeit des Satans, von dem „als Herrscher der Moderne zu sprechen ist". Mit dem 11. September hätten sich die „Zeitläufe nun mehr beschleunigt", „die Büchse der Pandora, die geöffnet wurde, kann nicht mehr geschlossen werden. Wir befinden uns im letzten Akt des Dramas, wir sollten danach trachten, daß dieser möglichst kurz wird. Es gibt nur mehr ein Vorwärts, kein Zurück. Wir haben nichts zu fürchten, denn wir sind ‚Instrumente jener Kraft, die in Ewigkeit unbesiegbar ist'".

Ewig raunt der faschistische Mythos vom unberührten Traditionalismus durch die Moderne, welchen nur auserwählte Heroen erkennen würden. Fraglich ist dabei aber, wer aus dem Spektrum der extremen Rechten eine derart abstruse Themenzusammenstellung ernst und annimmt.

„Zinnober" unter neuer Regie

In der jüngst erschienenen fünften Ausgabe des rechten Dark Wave-Magazins „Zinnober", ehemals „Sigill", kündigt der Herausgeber Stephan Pockrandt an, dass er sich aus dem Projekt zurückziehen wird. Als Gründe gibt er im Vorwort an, dass er „nach 10 Jahren Zeitschriftenmachen einfach ausgebrannt" ist und sich im übrigen auch die Kritik an seiner Arbeit „zu Herzen genommen" hat. Allerdings relativiert er die eigene Reflexion zugleich und bezeichnet das, was ihm an Kritik nicht gefällt, als „Verschwörungstheorien und Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in einer satten Welt". Ab der nächsten, sechsten Ausgabe werden Dominik Tischleder, ehemals „Black" und der derzeitige Webdesigner und Grafiker für das Label „Eislicht" und „Zinnober", Thomas Michael, die Plätze als Chefredakteure einnehmen.

VAWS-Party in Gelsenkirchen

Am 8. März diesen Jahres fand das dritte Dark Wave-Festival des rechtsextremen „Verlag und Agentur Werner Symanek" (VAWS) auf der Burg Lüttinghof in Gelsenkirchen-Hassel statt. Den Reigen eröffnete Cornelius Waldner von der Formation „Sagittarius", die jüngst ihr Debut, eine „Tondichtung" zu Ernst Jüngers Roman „Auf den Marmorklippen", als LP beim Verlag „Renovatio" veröffentlichten. Im Anschluß trat die Hannoveraner Band „Order of the Werewolf", dann „Days of the Trumpet Call" und als „Höhepunkt" des Abends „Von Thronstahl" auf. Die Veranstaltung zu der über 100 Gäste angereist waren, verlief ohne Zwischenfälle.

Prozess gegen Möbus-Brüder

Am 22. April wurde der Prozess gegen Hendrik Möbus (27) und seinen Bruder Ronald (31) vor dem Landgericht Erfurt eröffnet. Ihnen wird vorgeworfen, sich in den Jahren 1998 und 1999 in mehr als 20 Fällen zum Teil gemeinschaftlich des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, der Volksverhetzung, der Gewaltverherrlichung und der Verunglimpfung Verstorbener schuldig gemacht zu haben. Hendrik Möbus war Kopf der NS-Black-Metal-Band „Absurd" und betrieb zeitweilig mit seinem Bruder den neonazistischen Szene-Versand „Darker than Black" (DTB). Der Prozess ist vorerst auf fünf Verhandlungstage angesetzt.

Arische Kulte und unheilige Allianzen

Von Clara Walter

Seit den Ariosophen im Österreich-Ungarn des frühen zwanzigsten Jahrhunderts werden Vorstellungen von der elitären Überlegenheit einer „arischen Rasse“ in religiös-okkulte Lehren verpackt. Im vergangenen Jahr sind zwei Bücher erschienen, die sich dem Phänomen religiöser Elemente extrem rechten Denkens im „Dritten Reich“ und in der heutigen Zeit widmen.

Mit „Black Sun, Aryan cults, Esoteric Nazism and the Politics of Identity“ legt der britische Historiker Nicholas Goodrick-Clarke eine Publikation aus seinem langjährigen Spezialgebiet vor. Aus seiner Feder stammen „Die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus“, ein in acht Sprachen übersetztes Standardwerk zur Geschichte des esoterischen Rassenwahns, sowie eine Biographie der Begründerin des „esoterischen Hitlerismus“ Savitri Devi Mukherji.

Goodrick-Clarke geht in seinem neuen Buch auf ein breites Spektrum von Themen ein. Die Klassiker der extrem rechten Literatur - Julius Evola, Savitri Devi, Miguel Serrano, Wilhelm Landig - werden ebenso abgehandelt wie internationale Buchtitel der Weltverschwörungs- und Ufo-Szene. Ein eigenes Kapitel ist der Entwicklung des RechtsRock sowie Vertretern der extremen Rechten in der Black-Metal- und Dark-Wave-Szene gewidmet. In diesen Abschnitten des Buches findet sich sehr viel Altbekanntes. Neue Informationen dagegen bieten die Kapitel über religiöse Elemente im englischsprachigen Neonazismus, die Entstehung eines Nazi-Satanismus sowie die Entwicklung heidnisch-rassistischer Gruppierungen oder auch extrem rechter christlicher Sekten. Huldigt die amerikanische neonazistische Partei „New Order“ Adolf Hitler als dem Messias der „arischen Rasse“, so ruft ihn der britische „Order of the Nine Angles“ in satanischen Messen an. Odinistische Gruppierungen wie „Wotansvolk“ lehnen das Christentum als „artfremd“ ab. Die „Christian Identity“-Bewegung dagegen sieht die „Arier“ als Nachkommen der biblischen Stämme Israels, die Juden aber als Abkömmlinge des Teufels. Zwischen den Gruppen gibt es vielfältigen Kontakt, der Übergang ins terroristische Lager ist fließend.

„Black Sun“ ist spannend geschrieben und fundiert. Beachtlich ist die Liste der Personen aus der internationalen extremen Rechten, bei denen sich der Autor für ihre Unterstützung bedankt. Die Souveränität seiner Analyse hat dies nicht beeinträchtigt.

„Hitler, Buddha, Krishna, Eine unheilige Allianz vom Dritten Reich bis heute“ stammt aus der Feder des Autorenpaares Victor und Victoria Trimondi, alias Herbert und Mariana Röttgen, die bereits mit dem umstrittenen Buch „Der Schatten des Dalai Lama, Sexualität, Magie und Politik im tibetischen Buddhismus“ auf sich aufmerksam gemacht haben.

Das neue Buch der Trimondis geht im ersten Teil auf die Rezeption fernöstlicher Kultur und Religion zur Zeit des „Dritten Reiches“ ein und bietet hier eine Fülle detaillierter Beobachtungen. Die indische Kshatriya [d.i. Krieger, Adel]-Kaste und die japanischen Samurai waren Leitbilder für die SS, in der auch über Reinkarnation debattiert wurde. Zwischen der Gedankenwelt des indischen Kriegerepos Bhagavadgita und der Vorstellung einer „Metaphysik des Krieges“ im sog. „heroischen Realismus“ gibt es gedankliche Übereinstimmungen. Der zweite Teil des Buches behandelt die vielfältigen Anleihen extrem rechter Denker bei den östlichen Religionen in der heutigen Zeit und stellt populäre Mythen, wie die der Reiche Agarthi und Shambhala, dar.

Die Trimondis wollen in ihrer Publikation aber nicht lediglich aufzeigen, wie fernöstliche Lehren als Steinbruch rechter Denker missbraucht werden. Vielmehr vertreten sie die These, dass östliche Weisheitslehren faschistoide Elemente in sich tragen und ihre naive Rezeption durch ein breites Publikum eine Gefahr für die demokratische Gesellschaft darstellt. Das Buch bietet hier sicher Anregungen zum Nachdenken. Leider neigen die Autoren manches Mal zu Polemik, starker Vereinfachung und reiner Spekulation. Das schadet der Seriosität des Buches. Ein Hinweis auf Jim Jarmuschs Film „Ghost Dog“ mit seinem schwarzen, weichherzigen Samurai in kulturfremder Umgebung eignet sich nicht, um den LeserInnen „die Gefahr einer weltweiten ‚Kriegerkultur'“ dramatisch vor Augen zu führen. Die Trimondis wollen provozieren und diskutieren. Auf ihrer Homepage www. trimondi.de stellen sie sich der Kritik.

Nicholas Goodrick-Clarke: Black Sun, Aryan Cults, Esoteric Nazism and the Politics of Identity, New York /London: New York University Press 2002, 371 Seiten, 40 Dollar.

Victor und Victoria Trimondi: Hitler, Buddha, Krishna, Eine unheilige Alllianz vom Dritten Reich bis heute, Wien, Ueberreuter 2002, 640 Seiten, 29,90 Euro.

Impressum:
Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr.16,
30161 Hannover
Postanschrift: Der Rechte Rand, Postfach 1324,
30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Werkdruck Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Auf den Spuren der Geschichtspolitik

Von Klaus Harbart

Mit Geschichtspolitik, das heißt mit der Bedeutung und Funktion der Geschichte für die moderne Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, beschäftigen sich die Autoren des Sammelbandes „Erinnern, Verdrängen, Vergessen" und gehen dem deutschen Geschichtsbewusstsein zwischen „Geschichtsvergessenheit" und „Geschichtsversessenheit" nach. Die Etablierung eines neuen deutschen Opferdiskurses wird dargestellt und aufgezeigt, wie ein Thema aus seinem geschichtlichen Kontext heraus gebrochen wird, um „über ‚deutsche Opfer' (zu) reden, ohne tatsächlich über den Nationalsozialismus zu sprechen". Dafür sei eine abstrakte Annahme der Täterschaft für die NS-Verbrechen die Voraussetzung, um selbst als Opfer anerkannt zu werden. Geschichtspolitisch bietet dieses Vorgehen – folgt man den Autoren – die Möglichkeit, „das Erkennen von personellen, ideologischen und strukturellen Kontinuitäten innerhalb der Machteliten" zu verschleiern und „isoliert vom historisch-gesellschaftlichen Kontext anerkannt, analogisiert oder parallelisiert und gegebenenfalls als Begründung für heutige Militäreinsätze im Ausland herangezogen und instrumentalisiert" zu werden.

Auf der andere Seite steht in Deutschland die Normalisierung des „sekundären Antisemitismus", eines Antisemitismus, der „die Juden für die Folgen der Shoah verantwortlich macht und den Holocaust als negative Störung der nationalen Erinnerungskompetenz bestimmt" sowie die politische Indienstnahme des Gedenkens an die NS-Verbrechen. Gedenkstätten würden als wichtiger Beitrag für das „Außenbild" der Bundesrepublik und „zur Verständigung ehemaliger Kriegsgegner" und gleichzeitig als Mittel zur Durchsetzung eigener politischer Ziele genutzt werden. „Die Rechtfertigung des Angriffskrieges gegen Jugoslawien mit dem Verweis auf Auschwitz sei ein Beispiel dafür."

Ein mit vielen Fakten angereichertes, lesenswertes Buch, das hilft, die geschichtspolitischen Wege ins 21. Jahrhundert zu verstehen.

Michael Klundt, Samuel Salzborn, Marc Schwietring, Gerd Wiegel: Erinnern, Verdrängen, Vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert, Giessen: Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation e.V. 2003, 176 Seiten, 10,00 Euro.

Nea Weissberg-Bob (Hg.): „Was ich den Juden schon immer mal sagen wollte..." – Beiträge und Gespräche. Mit einem Vorwort von Klaus Schütz, Berlin: Lichtig-Verlag 2002, 267 Seiten, 15,50 Euro.

In diesem Band sind Interviews und Artikel zusammengestellt, die die verstärkte Manifestation antisemitischer Ressentiments in der Bundesrepublik im letzten Jahr aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten. Das Buch bietet eine umfangreiche Auseinandersetzung mit dem Thema.

ASP - Agentur für soziale Perspektiven e.V. (Hg.): Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen, Hamburg: rat – reihe antifaschistischer texte 2002 (beziehbar über rat, c/o Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, 3,- Euro plus 1 Euro Versand – nur gegen Vorkasse).

Diese Broschüre stellt in beeindruckend umfassender und systematischer Weise Funktion, Bedeutung und Herkunft von in der extrem rechten Szene verwendeten Symboliken, Organisationslogos, Dresscodes, Bekleidungsmarken, Musikstilen und Publikationen dar. Es wird deutlich, dass diese die Säulen eines extrem rechten Jugend-Lifestyles sind.

Journal der Jugendkulturen

Von Christian Dornbusch

Ende letzten Jahres erschien die siebte Ausgabe des „Journal der Jugendkulturen", herausgegeben vom „Archiv der Jugendkulturen". Den Themenschwerpunkt bilden Beiträge über Black-Metal, Dark Wave und Techno/ Gabber und deren Verbindungen zur extremen Rechten sowie einem Beitrag über die Verwendung von Symbolen und anderen Devotionalien aus dem Nationalsozialismus in der Musik-Szene im Allgemeinen. Desweiteren werden die Projekte „Brothers Keepers" und „No Historical Backspin", Szeneforschung im Internet (www.jugendszenen.com) und „Culture on the Road" des Archivs der Jugendkulturen vorgestellt. Ergänzt wird das Journal mit umfangreichen Rezensionen rund um die Themen Jugend, Jugendszenen, Musik und Rechtsextremismus.

Die kurzen und prägnanten Beiträge, die graphisch ansprechende Aufmachung und vor allem die Rezensionen lohnen die Anschaffung für jene, die sich mit dem Thema Jugendkulturen und Musik beschäftigen. Einzig das Interview mit dem vermeintlichen Aussteiger Norbert Weidner hinterläßt einen faden Nachgeschmack. Unter der Überschrift „Techno war für mich ein Rettungsanker" berichtet der ehemalige FAP-Aktivist über die Bedeutung der Musik für sich und seinen Rückzug aus der neonazistischen Szene. Seit 1999 ist er Mitglied der Bonner Burschenschaft „Raczeks", die „Schlesien-Seminare" und auch schon Mal einen Vortrag mit Horst Mahler organisierte. Allerdings, bemerkt Weidner, war Mahler seinerzeit noch nicht Mitglied der NPD.

Archiv der Jugendkulturen (Hg.): Journal der Jugendkulturen, Bd. 7, Nov. 2002, Tilsner-Verlag, 10,- Euro.